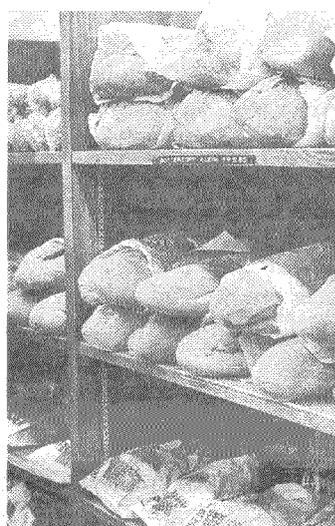


# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## Beide Vorlagen verdienen ein Ja



Am 25. September 1994 haben wir über zwei Vorlagen zu befinden: Mit einer Verfassungsänderung soll die Brotgetreide-Verbilligung aufgehoben werden. Mit Gesetzesänderungen im Strafgesetzbuch sowie im Militärstrafgesetz, gegen die das Referendum ergriffen wurde, sollen Lücken geschlossen werden, damit rassistische Handlungen als solche bestraft werden können.

Stimmen Sie dem Verbot der Rassendiskriminierung zu? Wollen Sie die Verbilligung von inländischem Brotgetreide aufheben? – So lauten die Fragen am nächsten Abstimmungswochenende.

(Photos Keystone)

AMK. Auf importierten Brotgetreiden wird heute ein Zoll erhoben, der nach dem Giesskannenprinzip zur Verbilligung von Brot, aber auch von Feingebäck und Patisserie eingesetzt wird. Diese unnötige Subventionierung, von der die Konsumenten mit 5 Rappen pro Kilo profi-

tieren, kostet den Bund jährlich immerhin 25 Millionen Franken. Mit einem Ja leisten wir einen Beitrag zur Sanierung der Bundeskasse.

Während die vorgesehene Brotgetreide-Verbilligung kaum Wellen wirft, hat sich gegen das Antirassismugesetz eine teils stark emotional argumentierende Opposition formiert. Sie spricht von einem «Uno-Maulkorbgesetz». Dagegen ist festzuhalten, dass neu rassistische Propaganda, rassistische Angriffe auf die Menschenwürde und Verweigerung einer öffentlich angebotenen Leistung aus rassistischen Gründen unter Strafe gestellt werden sollen. Gleichzeitig kann bei Annahme des Gesetzes die seit Jahren geäusserte Absicht verwirklicht werden, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung zu ratifizieren. **Lesen Sie Seite 9**

Festakt 17.09.94  
**100 Jahre**  
1894 **1994**  
**FDP**

### Für eine Schweiz mit Zukunft

AMK. Die FDP der Schweiz feiert ein Jubiläum: 100 Jahre. Natürlich schaut die Partei dabei auch mit Stolz auf ihre Leistungen zurück. Noch mehr aber sieht sie sich als Partei für heute und morgen. «Für eine Schweiz mit Zukunft» heisst das Motto. Lesen Sie in diesem «Freisinn», was im

Hinblick auf das Fest alles geplant ist, welche Überlegungen sich Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger macht und was sich Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti für die Partei wünscht.



### Inhalt

- Die «Schweizerzeit» ist stehengeblieben, meint FDP-Generalsekretär Christian Kauter auf Seite **9**
- «Die Familienarbeit muss aufgewertet werden», sagen die FDP-Frauen ab Seite **13**
- Streiken die Kantone beim Binnenmarktgesetz? Lesen Sie Seite **15**

# «Schlacht» um Jerusalem

**Israel hat dem jordanischen König, Hussein II., eine besondere Rolle bei der Aufsicht über die islamischen heiligen Stätten in Jerusalem zugestanden. Das hat die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von Yassir Arafat erzürnt.**

◉ Jacques Baumgartner

Die PLO beansprucht den Ostteil von Jerusalem als Hauptstadt des künftigen Staates Palästina. Für Israel jedoch «ist und bleibt das ungeteilte Jerusalem auf ewig» seine Hauptstadt.

## Versöhnung

Israel und Jordanien beendeten vergangenen Monat, nach nahezu fünf Jahrzehnten der Feindschaft, ihren Kriegszustand. In Washington hatten sich am 25. Juli der israelische Ministerpräsident, Yitzhak Rabin, und König Hussein II. die Hand gereicht. Der Nahost-Friedensprozess erhielt dadurch einen neuen Schub. Noch vor Jahresende dürften Israel und Jordanien einen Friedensvertrag unterzeichnen.

Eigentlich hätten sich Israel und Jordanien schon vor Jahren versöhnen sollen. Von allen arabischen Nachbarn des jüdischen Staates war es Jordanien, zu dem Israel trotz Krieg und Besetzung des Westjordanlandes immer die besten Beziehungen unterhielt. Und indirekt retteten 1970 die Israeli den jordanischen König, als im sogenannten Schwarzen September die PLO, die zu einem Staat im Staate geworden war, mit Waffengewalt versuchte, in Amman die Macht an sich zu reißen. Die Beduinenstämme hielten zu König Hussein, und als sich Syrien (mit Panzern) auf die Seite der PLO schlagen wollte, kam ein «Halt!» aus Israel.

Bereits vor der Gründung des israelischen Staates 1948 gab es Kontakte und Geheimverhandlungen. So hatte sich die spätere israelische Ministerpräsidentin, Golda Meir, als Araberin verkleidet nach Jordanien begeben, um mit König Abdullah zu sprechen.

Abdullah wurde im Juli 1951 von einem Palästinenser ermordet.

## Stadt des Friedens, Stadt des Terrors

Jerusalem wird seit dreissig Jahrhunderten als die «Fürstin unter den Städten der Welt» betrachtet. Es heisst, ihr Name bedeute «Stadt des Friedens». Die Araber nennen sie «Al-Kuds», die «Heilige». Jerusalem ist für die Juden das Symbol vergangener Herrlichkeit und die Hoffnung auf eine neue Zukunft. Die Christen sehen darin die Stätte von Jesu letzter messianischer Tätigkeit, die Stadt, in der er gestorben und wieder von den Toten auferstanden ist. Für die islamische Welt ist es die Stadt, wo der Prophet Mohammed in den Himmel aufgestiegen ist. Die «heiligste Stadt der Welt» war aber auch eine Stadt des Terrors, des Krieges, des Blutvergiessens. In seiner langen Geschichte ist Jerusalem mehr als fünfzigmal belagert, sechs- und dreissigmal erobert und zehnmals zerstört worden.

Es heisst, für Arafat sei die Aussicht ein Albtraum, dass König Hussein vor ihm Ost-Jerusalem besuchen, im Felsendom und in der El-Aksa-Moschee beten könnte. Der Felsendom auf dem Berg Moriah (Tempelberg) ist dem Range nach gleich nach der Kaaba in Mekka und dem Prophetengrab in Medina das dritthöchste Heiligtum der islamischen Welt. El-Aksa, was «die» von Mekka und Medina weiter «Entferntere» bedeutet, erhebt sich auf der Stelle, wo einst der Palast Salomos stand.

## Aufgebrachter Arafat

Ein aufgebrachter Arafat hat den Israeli das Recht abgesprochen, König Hussein nach (Ost-)Jerusalem einzuladen. Einladungen zum Besuch der heiligen islami-

schen Stätten auszusprechen falle in seine Zuständigkeit, sagte Arafat. Der König «quittierte» mit einem Flug über Israel, eskortiert von zwei israelischen Kampfflugzeugen und über Funk von Rabin begrüsst.

In der Jordanien zugestanden «besonderen Rolle», über die noch Israeli und Jordanier verhandeln werden, sieht die PLO einen Versuch, den Anspruch der Palästinenser auf Ost-Jerusalem als «ihre» Hauptstadt zu unterlaufen. Es wird argumentiert, beaufsichtigten die Jordanier die heiligen Stätten, so kontrollierten sie auch Ost-Jerusalem. Im zwischen Israel und der PLO vereinbarten Abkommen über Selbstverwaltung des Gazastreifens und des Westjordanlandes wurde der Status von Jerusalem offengelassen; Verhandlungen darüber sollen spätestens im Mai 1996 beginnen.

Jordanien hatte bis zum Sechstagekrieg 1967 Ost-Jerusalem kontrolliert. Aber auch nach diesem verlorenen Krieg überliessen die Israeli den Jordaniern die Verwaltung der El-Aksa-Moschee und des Felsendomes (von wo aus Mohammed in den Himmel gestiegen ist).

**Der künftige Status von Jerusalem dürfte sich als das am schwierigsten zu lösende Problem im 1991 von den Vereinigten Staaten und der damaligen Sowjetunion initiierten Nahost-Friedensprozess erweisen. Wie es letztlich gelöst werden wird, wird über Frieden oder erneut Krieg entscheiden.**

## Vorgeschichte

Im Dezember 1917 endete die vierhundert Jahre dauernde türkische Herrschaft über Jerusalem, über Palästina. Jerusalem kam unter britische militärische Verwaltung. 1920 wurde Grossbritannien auf der Friedenskonferenz in San Remo das – 1922 vom Völkerbund gebilligte – Mandat über ganz Palästina übertragen. Im von den Vereinten

Nationen 1947 verabschiedeten Palästina-Teilungsplan (Uno-Resolution 181) wurde die «besondere Bedeutung» von Jerusalem für Juden und Araber anerkannt. Es war vorgesehen, die Stadt unter Uno-Treuhänderschaft zu stellen.

Am 29. Juli 1980 erklärte der damalige israelische Ministerpräsident, Menachem Begin, Jerusalem zur israelischen Hauptstadt. Bereits am 30. Juni hatte der Uno-Sicherheitsrat die Änderung des Status von Jerusalem durch Israel als «nichtig» erklärt (Resolution 476). Im November 1988 «proklamierte» der PLO-Nationalrat in Algier den «unabhängigen Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem».

## Tiefe Wurzeln

Das «besondere Verhältnis» zwischen Arafat und König Hussein hat tiefe Wurzeln. Die königliche jordanische Herrscherfamilie, die Haschemiten, behauptet, direkte Nachfahren von Mohammed zu sein. Am arabisch-israelischen Krieg 1948 beteiligte sich Jordanien nur halbherzig. Nach der Niederlage der Araber wurde König Abdullah, Husseins Vater, beschuldigt, mit den «Imperialisten» bei der Schaffung von Israel kollaboriert zu haben. Die radikalen arabischen Staaten (angeführt vom ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abd en-Nasser) verhängten über die gesamte Haschemitenfamilie die Todesstrafe. Einer der Hauptagitatoren gegen Hussein war Yassir Arafat. Er hatte Ende der fünfziger Jahre seine Fatah-Guerillabewegung mit dem Ziel gegründet, Israel und Jordanien zu zerstören.

König David wird der Psalm zugeschrieben, der heute und künftig noch so wahr ist wie damals, als er zum erstenmal gesungen wurde:

*«Wünschet Jerusalem Glück: Es möge wohl geben denen, die dich lieben! Es möge Frieden sein in deinen Mauern und Glück in deinen Palästen!»*

# Kurt Hangarter duldet keine Halbheiten

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Dass die Uno endlich von allen Staaten anerkannt und geachtet wird und sich dementsprechend durchsetzen kann. In Zukunft darf nicht mehr passieren, dass mit Uno-Entscheiden so umgegangen wird wie heute in Jugoslawien.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Im Moment sicher die Jugendarbeitslosigkeit. Jugendliche, die voll Optimismus ins Berufsleben steigen wollen und keine Arbeitsstelle finden, bemitleide ich. Viele Junge wollen etwas leisten und sind nicht zu bequem zu arbeiten.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Jede Erfindung der Menschheit halte ich auf irgendeine Weise für sinnvoll. Nur fragt sich, was die Menschheit damit macht. Vielfach werden die Erfindungen zur falschen Zeit am falschen Ort oder zweckentfremdet eingesetzt.

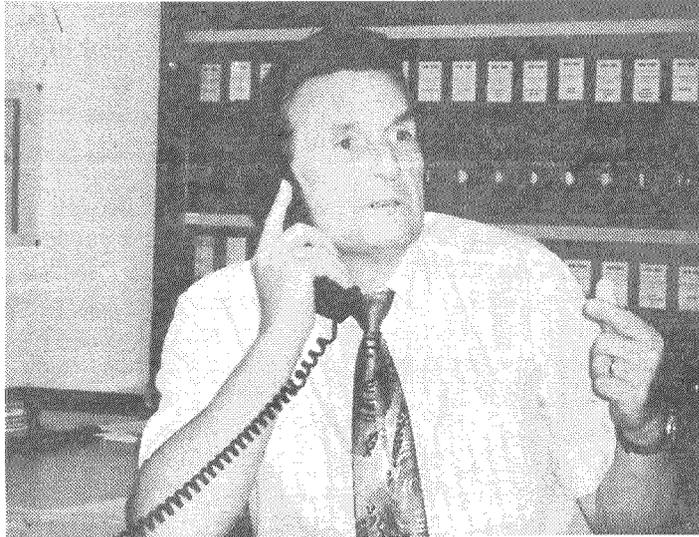
**Was lieben Sie an der Schweiz?**

## KURZBIOGRAPHIE

### Kurt Hangarter

**Zur Person:** In Winterthur aufgewachsen. Verheiratet, Vater einer Tochter (25, Sekretärin) und eines Sohns (27, Turn- und Sportlehrer ETH).

**Berufliche Stationen:** Nach der Lehre als Hochbauzeichner Weiterbildung an der Bauschule St. Gallen, mit Diplomabschluss. Heute als Projektleiter, Architekt und Mitglied der Ge-



Kurt Hangarter ist mehr für Taten denn für Worte.

Wenn ich ehrlich bin, sicher unsere schöne Natur. Aber auch die Freiheit, Sauberkeit und Ordnung weiss ich zu schätzen.

**Was misfällt Ihnen in unserem Land?**

Es wird viel zuviel über Probleme, Sachgeschäfte usw. diskutiert, debattiert und geschrieben – aber Taten folgen keine. Wo bleiben heute die Politiker (auch in der FDP), die Entscheide auch durchsetzen?

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur**

schäftsleitung in einem grossen Architekturbüro in Zürich tätig.

**Politischer Werdegang:** Seit zwanzig Jahren Vizepräsident der FDP Ortsgruppe Dietlikon. 53jährig, von 1974–1978 Mitglied der Baukommission. 1978–1990 Gemeinderat (Forst- und Landwirtschaft, Tiefbau).

**Liebste Tätigkeit:** Im Prinzip habe ich an allen Tätigkeiten Freude, sei es im Sport, Beruf oder bei der Parteiarbeit. ■

**über die Minderheiten möglich?»?**

Minderheiten regen oft zum Umdenken an, aber entscheiden sollte die Mehrheit.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Als Jungbürger habe ich seinerzeit bei allen Ortsparteien Propagandamaterial angefordert. Lediglich vom Landesring bekam ich Unterlagen. Dies bewog mich, ein Jahr bei dieser Partei mitzumachen. In Geschäftskreisen habe ich dann Einblick in die FDP bekommen. Heute fühle ich mich wohl in dieser liberalen Partei mit klarem Parteiprogramm.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Carlo Schmid. Ein Politiker, der sagt, was er denkt, und sich auch von der eigenen Partei keinen Maulkorb anlegen lässt. Politiker dieser Art könnte die Schweiz noch einige brauchen.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Indem er oder sie das hält, was er/sie verspricht, und auch nach den Wahlen noch präsent ist. Auf Politikerinnen und Politiker, die einer Wetterfahne gleichen, kann ich verzichten.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Die Akzeptanz von Frauen im Geschäftsleben, im Militär oder im Sport wird bei den Männern langsam, aber stetig grösser.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Zur Schwäche: falscher Ehrgeiz, d. h., auch in Nebensächlichkeiten alles perfekt machen zu wollen. Zur Stärke: Ich versuche, bei allem, was ich mache, mein Bestes zu geben. Halbheiten dulde ich nicht.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Zur Zeit lese ich kein Buch. Vor allem lese ich Fachliteratur und möglichst viele Zeitungen.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Seit einem halben Jahr besuche ich wöchentlich zweimal das Fitnesscenter. Zudem spiele ich noch etwas Tennis. (Während meiner 16jährigen Behördentätigkeit war leider die Fitness etwas zu kurz gekommen.)

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Ein Musikinstrument spielen. Ich bedaure es sehr, dass ich mich in der Schule zuwenig um das Notenlesen bemüht habe.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Pfarrer Sieber. Ein Pfarrer und Mensch, der den Glauben auch wirklich lebt. Durch seine Art zu predigen regt er manchen zum Nachdenken an, was heute in der hektischen Zeit oft etwas zu kurz kommt. ■

# Absturz ins soziale Abseits

«Die Not kennt keine Freunde» – eine leicht dahingesagte Binsenweisheit. Der 1935 geborene und bis 1987 zu den führenden Kriminalautoren gezählte Schriftsteller Michael A. Praetorius, aus dessen Feder mehr als 1200 Beiträge in Form von Kriminalgeschichten, Hörspielen und Drehbüchern für Film und Fernsehen geflossen sind, erlebt sie seit Jahren am eigenen Leib. Bereits 1974 erlitt er einen schweren Herzinfarkt, der ihn aus seinem ursprünglichen Beruf als Pilot riss. Die Folge davon war, dass ihn danach keine Versicherung mehr aufnahm und heute keinerlei Versorgungsanspruch besteht.

Die wirkliche Tragödie dieses Mannes beginnt aber erst 1987 mit einem ersten Schlaganfall. Halbseitig gelähmt und unfähig

zu sprechen, scheint sich sein Schicksal nach Monaten doch wieder zum Guten zu wenden. Ein zweiter Schlaganfall 1988 macht diese Hoffnung ein für allemal zunichte. Mit dem gesundheitlichen Leidensweg beginnt aber auch der wirtschaftliche für ihn und seine vierköpfige Familie. Das Sozialamt, das ein halbes Jahr danach einspringen muss, macht seine Hilfe von einer preisgünstigen Wohnung abhängig, die nicht gefunden werden kann. Das Sozialamt stellt seine Zahlungen ein.

Gleichzeitig erhöht sich die Verschuldung der Familie. Den nicht mehr tilgbaren Verbindlichkeiten gesellen sich Zinsen und Zinseszinsen sowie Arzt-, Klinik- und Anwaltskosten hinzu. Die Banken der Familie drängen immer massiver auf einen Abbau

der aufgelaufenen Schulden, die Familie ist dazu nicht mehr in der Lage; es folgen die Pfändung aller entbehrlichen Gegenstände und letztlich, trotz des miserablen Gesundheitszustandes von Michael Praetorius, der Offenbarungseid, dessen Tragweite er nicht mehr erfassen kann.

Mit Hilfe von Freunden gelingt es der Familie in der Folgezeit zu überleben, zum Abbau ihrer Verpflichtungen hat sie jedoch keine Möglichkeit mehr. Und gerade diese nehmen ihr immer mehr die Luft zum Atmen. Ein Unfall des minderjährigen Sohnes, der dabei einen Lungenriss erleidet und seine Berufsausbildung abbrechen muss, ein durch spielende Kinder verursachter Wasserschaden im Haus, der in die Tausende geht, lassen ihre Situation zu einem totalen Fiasko werden. Dann, im Juni dieses Jahres, der vorletzte Schicksalsschlag. Das Haus, in dem die Familie Praetorius seit vielen Jahren lebt, wird verkauft, der neue Besitzer meldet Eigenbedarf an und kündigt den Wohnvertrag. Damit ist die Obdachlosigkeit der Familie programmiert. Es ist zwar nicht beweisbar, aber es darf mit Sicherheit angenommen werden, dass der drohende Verlust der Wohnung Ursache dafür war, dass Michael Praetorius Ende Juli einen dritten Schlaganfall erleidet. Er hat ihn zwar, entgegen allen Befürchtungen, bis heute überlebt, aber damit hat diese Tragödie ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden.

Die Presseagentur, bei der Michael Praetorius bis zu seiner Erkrankung unter Vertrag stand, will diese Entwicklung nicht hinnehmen. Aus dem umfangreichen schriftstellerischen Fundus seines Mitglieds hat sie die besten und zum Teil mit internationalen Preisen bedachten Kriminalgeschichten zu einem repräsentativen Buch zusammengefasst und bietet es allen hilfsbereiten Lesern zum Preis von Fr. 35.50 (Sonderpreis Fr. 26.– für «Freisinn»-Leserinnen und -Leser, siehe Talon) an. Dieses Buch, das

Michael A. Praetorius:

## Der Schatten des anderen

560 Seiten, Leineneinband, Schutzumschlag

**Lesersonderpreis:  
Fr. 26.– (+Porto)\***

Ich bestelle verbindlich \_\_\_\_\_  
Exemplar(e) «Der Schatten des anderen»

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an:  
Delta-Verlag Sinowa AG  
Postfach 117  
8330 Pfäffikon ZH

Die Rechnung erhalten Sie bei Lieferung. Keine Vorauszahlung.

\* Der Versand der Bücher erfolgt durch die Niederlassung in Pfäffikon. Es fällt also stets nur das Inlandporto an.

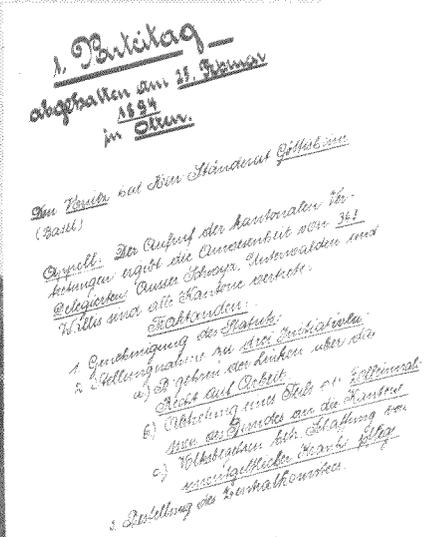
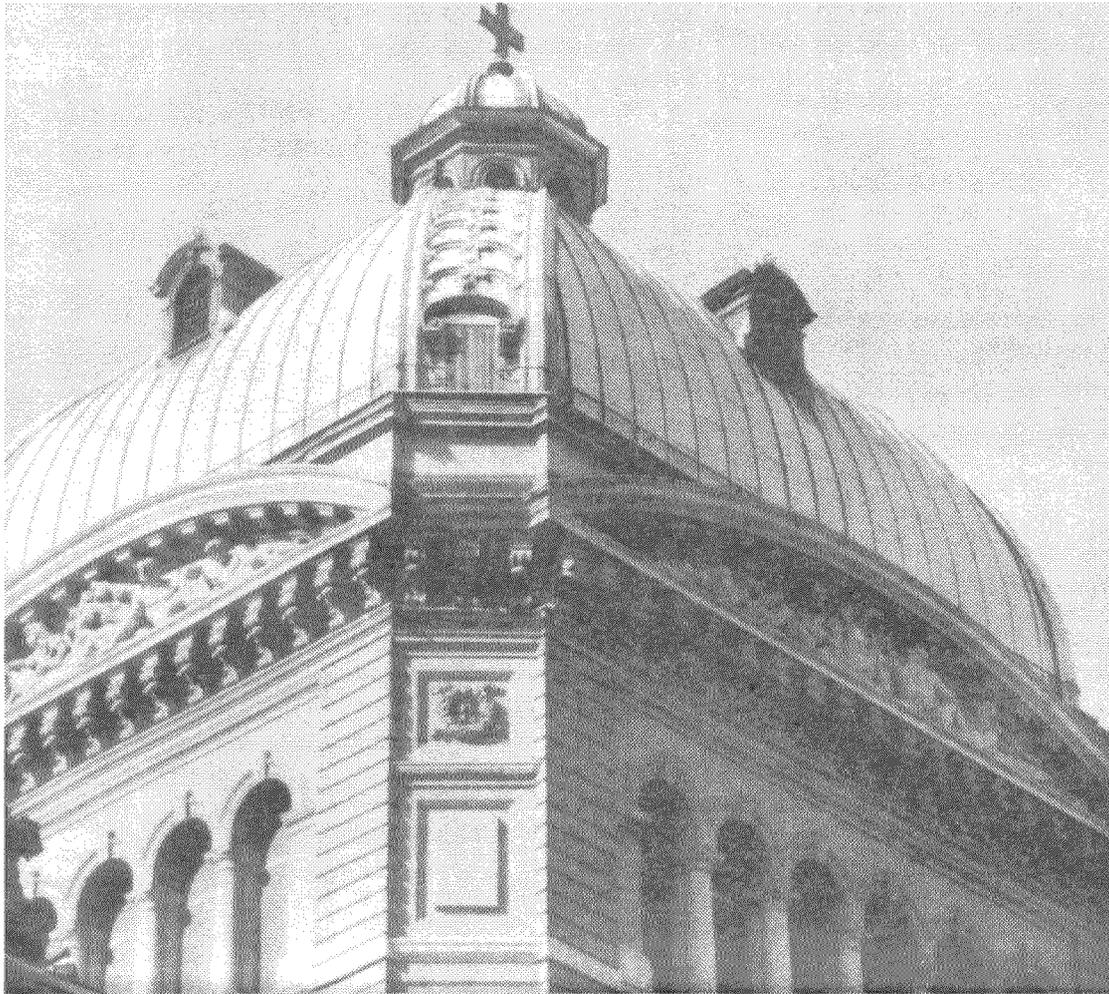
Ab einer Liefermenge von 20 Exemplaren liefern wir portofrei.

Ab einer Liefermenge von 100 Exemplaren gewähren wir 25% Rabatt auf den Buchpreis.

Ab einer Liefermenge von 100 Exemplaren bieten wir kostenlos den Eindruck Ihres Logos und jedes von Ihnen gewünschten Textes an. Damit wird das Buch nicht nur zu einem persönlichen Geschenk Ihres Hauses, sondern auch zu einem Werbeträger, der auf Grund seiner Langlebigkeit jeder anderen Printwerbung überlegen ist. Dieses Serviceangebot ist besonders für Firmen, Vereine und Verbände interessant.

die international grösste Sammlung von Kriminalgeschichten darstellt, ist nicht im Buchhandel erhältlich und schon allein deshalb eine Exklusivität. Es bleibt zu hoffen, dass sich hier viele Leser angesprochen fühlen und sich zu seiner Bestellung und damit zur tätigen Mithilfe entschliessen können. Es bedarf sicher keiner besonderen Erwähnung, dass der Erlös aus diesem Buch der Familie Praetorius ohne jeden Abzug zugute kommt und alle damit verbundenen Arbeiten unentgeltlich verrichtet wurden. Bestellungen können mit folgendem Talon aufgegeben werden. ■





Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti: «Hier stellt sich uns die alte Aufgabe neu: den schweizerischen Staatsgedanken zu verankern und zu vertiefen, damit unser Land nicht zur reinen Dienstleistungsorganisation verkommt, in der sich jeder bedienen kann und an die man nur Ansprüche zu stellen hat.»

# Die FDP ist gefordert

«Den Staat als Gemeinschaft verantwortlicher Menschen gestalten»: auf diesen Punkt bringt Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti die Aufgabe der FDP. Das war die Motivation freisinniger Politik vor hundert Jahren. An der Schwelle ihres zweiten Jahrhunderts ist die FDP gefordert, dieses Ziel beharrlich weiterzuverfolgen.

Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti (ZH)\*

Die FDP erhielt ihre heutige Gestalt, als ihre Exponenten die grundlegende Arbeit schon gelei-

\* Geleitwort aus der Festschrift «Politische Rundschau» Nr. 2/3 94: «Für eine Schweiz mit Zukunft». Siehe auch Seiten 7 und 10 ff. in diesem «Freisinn».

stet hatten. Persönlichkeiten dieser politischen Haltung bestimmten die Regeneration nach 1830, aus welcher der freiheitliche Staat auf kantonaler und 1848 auf Bundesebene hervorgegangen ist, in der das Schulwesen als Grundlage einer Gesellschaft von selbstverantwortlichen Menschen neu gestaltet werden musste, in der die Kommunikationen – die Strassen zu-



Hundert Jahre FDP: Für Ständeratspräsident Riccardo Jagmetti ein Moment des Innehaltens in einer Zeit des raschen Rhythmus, um die Aufgaben zu umreissen und sie dann auch tatkräftig anzupacken. (Photo ruti)

erst, dann die Bahnen – gebaut worden sind, in der sich die Wirtschaft, vom gleichen liberalen Geist getragen, in raschen Schritten entwickelt hat und in der sich im Zuge des Urbanisationsprozesses die Städte über ihre histo-

rischen Grenzen hinaus auszu-dehnen begannen.

## Grundstein für weiteren Aufbau

Die Gründung der Partei nach diesen Gründerjahren war weder

Rückblick noch Abschluss, sondern Grundstein für den weiteren Aufbau. Die direkte Demokratie war eben erst durchwegs verwirklicht worden, und das – wir müssen es anerkennen – nicht überall auf freisinnige Initiative hin. Der Bundesstaat war zu stärken, denn für viele Aufgaben waren die Kantone nicht mehr das zweckmässige Bezugsgebiet. Die Entwicklung der Technik gab der Wirtschaft neue Impulse; gebieterisch waren aber auch die sozialen Probleme anzugehen, die sich der Industriegesellschaft stellten. Die Gründerpartei hatte sich jetzt zu bewähren und stand – besonders nach dem Übergang zur Proporzwahl des Nationalrates 1919 – in der Konkurrenz und in der Zusammenarbeit zugleich mit den andern grossen Landesparteien.

**Auch das Jubiläum soll nicht Rückblick auf das Geleistete sein, sondern ein Moment des Innehaltens in einer Zeit des raschen Rhythmus, um die Aufgaben zu umreissen und sie dann auch tatkräftig anzupacken.**

## Herausforderungen

Eine Vielzahl von Problemen gilt es zu lösen. Unser Bildungssystem ist diesmal nicht von Grund auf neu zu gestalten, muss aber immer wieder angepasst werden, damit wir eine Gemeinschaft von selbstverantwortlichen Menschen bleiben und die Schweizer über die Qualifikationen verfügen, die uns erlauben, die langfristigen Probleme zu erkennen und innovative Lösungen zu entwickeln. Von unserem stark beanspruchten Raum und unserer übernutzten natürlichen Umwelt muss sorgsam Gebrauch gemacht werden – nachhaltige Nutzung war nicht nur das Stichwort im Entwurf von 1875 zum ersten Forstpolizeigesetz, sondern ist höchst aktuelles Anliegen.

Die Anpassung unserer stark auf den Aussenhandel abgestützten Wirtschaft ist in vollem Gang und muss vom Staat erleichtert, nicht behindert werden. Soziale Probleme haben neue Dimensionen erhalten; die FDP lehnt Umverteilung um ihrer selbst willen

ab, strebt aber die Sicherung aller und Hilfe für Menschen an, die ihre Lage nicht allein meistern können.

**Die beiden grössten Herausforderungen aber sind heute die Einbettung unseres Landes in die Völkergemeinschaft und der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft.**

## Langfristiges Ziel

Mitten in Europa, durch Wertordnung, politische Institutionen, Kultur und Wirtschaft mit unseren Nachbarn verbunden und schon lange aktiv am Weltmarkt beteiligt, haben wir uns in den Jahren der Bedrohung abschotten müssen. In einer Zeit intensiver Bezüge, wo das Geschehen ausserhalb unseres Landes jenes bei uns stark prägt, können wir uns nicht allein auf die Probleme in unserem Land ausrichten und sogar unsere historische Rolle an den Alpenübergängen plötzlich nicht mehr wahrhaben wollen. Unser Kontinent erhält seine Strukturen derzeit, ohne dass wir unsere Vorstellungen von Föderalismus und Demokratie einbringen könnten.

Gewiss: wir werden uns in den nächsten Jahren in Europa darauf konzentrieren müssen, mit der Europäischen Union Wege der Zusammenarbeit zu suchen und unsere wirtschaftliche Stellung zu wahren und auszubauen. Darüber hinaus aber ist das langfristige Ziel einer zusammenfassenden Organisation aller europäischen Staaten anzustreben, in der die Wertordnung und die Sicherheit gewährleistet und die Zusammenarbeit unter Partnern gefördert würde. In einer solchen Europarat, KSZE und andere Strukturen zusammenfassenden und den freien wirtschaftlichen Austausch gewährleistenden Organisation hätte die Schweiz nicht nur ihren Platz, sondern könnte als Staat mit einer Kultur der Vielfalt einen aufbauenden Beitrag leisten.

Auch die weltweiten Probleme gehen uns an und müssen uns beschäftigen, denn wir sind auf den Austausch angewiesen, brauchen eine weltumspannende Po-

litik des sorgsamsten Umgangs mit den Ressourcen und dürfen Hunger und Gewalt in weiten Teilen der Welt nicht gleichgültig gegenüberstehen, weil sie unsern Wertvorstellungen widersprechen und ein langfristiges Konfliktpotential enthalten.

## Soziales Netz

Im Innern halten im sozialen Netz nicht mehr alle Maschen. Mancher sondert sich ab; die Zahl jener, die aus dem Netz fallen, wird grösser; das Drogenproblem zeigt die krasseste Form des Verlustes an sozialen Bindungen. Ganz anderer Art ist die fehlende Integration eines Teiles der Zuwanderer, die als ganze Gruppen in unserem Land Fremde bleiben, was manche Bevölkerungskreise verunsichert. Das Problem liegt aber nicht allein bei «Aussteigern» und Zuwanderern. Wir erleben den Verlust an Bindungen als allgemeine Erscheinung unserer Zeit.

Das Individuum wird allein zum Massstab. Selbstverwirklichung ist Trumpf. Die FDP hat keinen Anlass, sich über so viel «Eigenständigkeit» des Einzelnen zu freuen, im Gegenteil. Selbstverantwortung heisst für sie weder Einsamkeit noch Rücksichtslosigkeit, sondern Wahrnehmung von Aufgaben in der Gemeinschaft und auch für diese. Hier stellt sich uns die alte Aufgabe neu: den schweizerischen Staatsgedanken zu verankern und zu vertiefen, damit unser Land nicht zur reinen Dienstleistungsorganisation verkommt, in der sich jeder bedienen kann und an die man nur Ansprüche zu stellen hat.

**Die FDP ist an der Schwelle ihres zweiten Jahrhunderts aufgefordert, das zu tun, was ihrem Gedankengut verpflichtete Persönlichkeiten immer getan haben und die Partei seit ihrer Gründung tut: den Staat als Gemeinschaft verantwortlicher Menschen zu gestalten.**

## PROGRAMM

# 100 Jahre FDP

**Samstag,  
17. September 1994  
in Olten**

**9.45 Uhr**  
Ankunft und Empfang beim Bahnhof Olten

**10.15 Uhr**  
Festumzug: Abmarsch beim Bahnhof Richtung Stadtzentrum

**10.45 Uhr**  
Offizieller Empfang durch die Stadt Olten bei der Stadtkirche (Munzingerplatz) und Apéro

**11.45–12.00 Uhr**  
Verschiebung zur Stadthalle Kleinholz

**12.30 Uhr**  
Mittagessen

**14.00 Uhr**  
Offizieller Festakt

**15.30 Uhr**  
Verschiebung ins Stadion Kleinholz

**15.45 Uhr**  
Fortsetzung des Festaktes im Freien unter Mitwirkung der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS)

**16.30 Uhr**  
Schlusswort des Parteipräsidenten und Ende der offiziellen Feier

Garten- und Landschaftsarchitekten  
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG** Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 82 82 62

# «Für eine Schweiz mit Zukunft»

Zur Hundertjahrfeier der FDP der Schweiz ist unter dem Titel «Für eine Schweiz mit Zukunft» eine Festschrift erschienen. 26 Autorinnen und Autoren setzen sich darin nicht nur mit der Vergangenheit der Partei auseinander, sondern spannen die Brücke vom Gestern zum Morgen. Aufsätze von freisinnigen Bundesräten, von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Wirtschaftsexponenten und Wissenschaftlern greifen Probleme auf, die zu Ecksteinen freisinniger Politik geworden sind.

AMK. Nach den Büchern von Ernst Steinmann (vergriffen) und Eugen Dietschi ist diese Publikation ein weiterer Meilenstein in der Darstellung und Aufarbeitung der Geschichte und Positionen der schweizerischen FDP.

Mit dem Wirken der Freisinnigen im neunzehnten Jahrhundert setzt sich der Historiker und Publizist Alfred Cattani auseinander; die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde von Lisbeth Marfurt-Elmiger, Kunsthistorikerin, und alt Nationalrat Kurt Müller aufgearbeitet. Das Kapitel «Schwerpunkte freisinni-

ger Politiker» ist in vier Unterkapitel gegliedert:

■ «Für ein Leben in Würde und Freiheit» behandelt unter anderem umfassend die Geschichte der Integration der Frauen in die Partei, fragt nach der Stellung des Menschen im Liberalismus und stellt den Kampf um die Medienfreiheit dar.

■ «Verantwortung für den Staat» zeigt unter anderem die Kontinuität der freisinnigen Vision des Staates auf.

■ «Die Schweiz in der Welt» greift die Debatte um die europäische Integration auf und zeichnet ein Bild unseres Landes aus der Sicht eines Auslandschweizers.

■ Im Kapitel «Spannungsfelder» schliesslich werden eine ganze Reihe aktueller Themen wie die Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Ökologie und die Finanzpolitik thematisiert.

Mit seinem Artikel «FDP der Schweiz – eine Partei für heute und morgen» (siehe Seite 10 f.) setzt Parteipräsident Franz Steingger den Schlusspunkt.

**Die Festschrift erscheint als «Politische Rundschau» Nr. 2/3 1994 und umfasst 242 Seiten. Den Bestelltalon finden Sie auf Seite 12 in diesem «Freisinn». Mit der Festschrift kann auch das Buch von Eugen Dietschi bestellt werden.** ■

## KOLUMNE

### Flucht in die Totalrevision?



1998, 150 Jahre nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaates, sollte das Jahr der Harmonie und der Erneuerung im Zeichen einer gesäuberten Bundesverfassung werden – ein schönes und attraktives Ziel. Aber ist es auch realistisch, und, vor allem, stellt es die Prioritäten in der heutigen Zeit richtig? Die drei grössten Probleme der Schweiz sind gegenwärtig: die Definierung und Institutionalisierung unseres Verhältnisses zu Europa auf Grund eines möglichst breiten Konsenses; die Reform der Institutionen im Sinne einer grösseren Effizienz der Regierung und einer klaren «Verwesentlichung» und Neudefinition (nicht Abbau) der Volksrechte und die Sanierung der maroden Bundesfinanzen. Eine Totalrevision, die um diese drei Hauptprobleme wie um den heissen Brei herumgeht, wäre nichts anderes als Verfassungslifting. Die Lösung jeder dieser drei Fragen verlangt aber derartige politische Kraftanstrengungen und ist wegen der auseinandergelassenen Meinungen derart heikel, dass sie *separat* und nicht mit ändern – vor allem nicht mit weniger wichtigen – Fragen gekoppelt werden sollte. Denn bei einer «Totalrevision» ist die totale Kumulation der Widerstände programmiert, wenn nicht eine Grundwelle dafür vorhanden ist. Davon sind aber weit und breit nicht die leisesten Spuren zu entdecken.

Seit der Errichtung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1848 hat es nur einmal eine Totalrevision der Bundesverfassung gegeben, 1874, aber auch dies war im Grunde nur eine Bündelung von Teilrevisionen. Es ging vor allem um eine nötige Verstärkung der Bundeskompetenzen im Militär-, im Rechts- und im Finanzbereich und – als Konzession an die

demokratische Bewegung – um die Einführung des Gesetzesreferendums. An der föderalistischen Struktur des Bundesstaates, die sich bewährt hatte, wurde jedoch nichts geändert. Die Totalrevisionsbemühungen in den *siebzig* und *frühen achtziger Jahren* dieses Jahrhunderts sind recht kläglich gescheitert, vor allem weil man aus dem Werktaginstrument Bundesverfassung eine Sonntagsproklamation machen wollte. Unsere Verfassungstexte sind das Ergebnis vielfach harter politischer Auseinandersetzungen; und das wird sich nicht ändern, solange die Verfassungsinitiative bestehen bleibt. (Die «Einheitsinitiative» dürfte kaum als vollwertiger Ersatz akzeptiert werden.) Deshalb wird aus jeder «formalen» Überarbeitung der Bundesverfassung eine *materielle Änderung* – ganz abgesehen davon, dass alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertreter die günstige Gelegenheit werden benützen wollen, um ihre Positionen zu verbessern.

Die gegenwärtige Welle von Nein-Entscheiden bei eidgenössischen Volksabstimmungen ist nicht durch die Illusion einer verschönten Bundesverfassung im Jahre 1998 zu beenden. Sie geht in erster Linie auf eine *Instinktilosigkeit* vor allem – aber nicht nur – in der Aussenpolitik zurück, die Zweifel an der aufrichtigen Bereitschaft des Bundesrates zur Respektierung der Volksentscheide geschaffen hat. Aber auch das öffentliche *Auseinanderfallen* des Bundesrates in wichtigen Fragen wie der AHV beispielsweise in «Sonderfälle» nagt an seiner Glaubwürdigkeit. Wenn diese Glaubwürdigkeit wiederhergestellt werden soll, so müssen in erster Linie die drei grundlegenden Probleme unserer Zeit in mühsamer, schwieriger Kleinarbeit gelöst werden. *Die Flucht in die Totalrevision, die falsche Prioritäten setzt, wird nichts dazu beitragen können.*

Alt Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen

## IMPRESSUM

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

### Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–

LESERBRIEF

Der richtige Weg in die Zukunft?

Nationalrätin Trix Heberlein bezeichnet das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) im «Freisinn» Nr. 6/Juni 1994 – es soll per 1. Januar 1996 in Kraft treten – als den richtigen Weg in die Zukunft. Hätte ich die Verstaatlichung unserer Krankenversicherung im Auge, würde ich Frau Heberlein klar zustimmen. Es ist mir ein Rätsel, wie eine profilierte FDP-Politikerin eine sozialistische Eintopflosigkeit als Wettbewerbselement verkaufen kann.

Die aktuelle notrechtliche Regelung unseres Gesetzes stört auch mich. Aber: Warum opponiert Frau Heberlein nicht gegen die Tatsache, dass praktisch das ganze Notrecht im neuen Gesetz integriert wurde? Frau Heberlein bekämpfte wie ich die Initiative für eine gesunde Krankenversicherung der Sozialdemokraten und des Gewerkschaftsbundes. Leider muss ich aber sagen, dass die Lohnprozentlösung dieser Initiative eine ideale Ergänzung für das neue staatliche KVG darstellen würde, welches von Frau Heberlein vertreten wird.

Natürlich ist es absolut legitim, für eine staatliche Grundversicherung einzutreten. Aber dann bitte auch mit der richtigen Etikette. Und offenbar kann sich die FDP auch gleich als Vertreterin des Mittelstandes verabschieden. Denn dieser wird die ganze Last und Fehlplanung dieses Gesetzes zu tragen haben.

Ich stimme Frau Heberlein zu, dass das vorliegende KVG «in langjähriger Gesetzesarbeit» entstanden ist. Aber die Dauer einer Arbeit lässt keinen direkten Schluss auf die Qualität des Ergebnisses zu. Ich könnte mir vorstellen, dass der Souverän liberaler entscheiden wird.

*Erhard D. Burri,  
Direktionspräsident  
ARTISANA,  
Mitglied des Ausschusses  
für Gesundheitspolitik  
der FDP*

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz sucht per Mitte Oktober oder nach Vereinbarung eine Initiative

Sekretärin 100%

Sie

- bringen eine abgeschlossene kaufmännische Grundausbildung mit (KV oder gleichwertige Ausbildung) sowie einige Jahre Berufserfahrung
- sind in der deutschen Sprache stilsicher und sattelfest und bringen Französischkenntnisse mit
- haben PC-Erfahrung (Textverarbeitung)
- arbeiten schnell und speditiv und behalten den Überblick auch in turbulenten Zeiten
- sind vielseitig interessiert, flexibel, teamfreundlich und belastbar.

Ihre Tätigkeit umfasst das Erstellen von Berichten sowie das Schreiben und Gestalten von Protokollen nach Vorlage, das selbständige Erledigen von Korrespondenz sowie allgemeine Büroarbeiten.

Sie arbeiten in einem kleinen Team im Zentrum der Stadt Bern (am Hauptbahnhof).

Interessiert? Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung mit Photo an die

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Generalsekretariat  
Herrn Christian Kauter  
Bahnhofplatz 10 A  
Postfach 6136  
3001 Bern



Wir brauchen den Welt-handel, weil wir kaum Rohstoffe haben.

Die Schweiz hat kaum eigene Rohstoffe. Und trotzdem haben wir uns Wohlstand geschaffen. Durch den Handel, den Austausch von Gütern und Ideen über die Grenzen. Heute stammt jeder zweite Franken, den wir verdienen, aus der Exportwirtschaft. Damit auch jeder zweite Franken, den wir für Sozialleistungen, AHV, Landwirtschaft usw. aufwenden.

GATT. Das weltweite Zoll- und Handelsabkommen, das uns Wohlfahrt und Arbeitsplätze sichert. Seit 30 Jahren.

Verlangen Sie die Informationsbroschüre (gratis).

Name: .....

Strasse: .....

PLZ/Ort: .....

Bitte in Blockschrift ausfüllen, auf Postkarte kleben und einsenden an:

Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wf)  
Postfach 502, 8034 Zürich

# Zwei Vorlagen

**Am 25. September 1994 stimmen wir über die Aufhebung der Brotgetreideverbilligung und über das Verbot der Rassendiskriminierung ab. Das Antirassismusgesetz steht im Zentrum des Interesses.**

AMK. Beim Verbot der Rassendiskriminierung geht es um Gesetzesänderungen im Strafgesetzbuch sowie im Militärstrafgesetz, gegen die das Referendum ergriffen wurde. Mit diesen Änderungen soll die seit Jahren geäusserte Absicht verwirklicht werden, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung zu ratifizieren.

Als Reaktion auf antisemitische Vorfälle hatte die General-

versammlung der Vereinten Nationen am 12. Dezember 1960 eine Resolution verabschiedet, die alle Manifestationen rassistischen, religiösen und nationalen Hasses im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, erzieherischen und kulturellen Bereich des gesellschaftlichen Lebens als Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verurteilt. In der Folge wurden eine Erklärung und ein Übereinkommen erarbeitet.

1965 verabschiedete die Generalversammlung das Übereinkommen. 137 Staaten sind ihm seither beigetreten. Die Staaten verpflichten sich darin, jede Form von Rassendiskriminierung unter anderem durch strafrechtliche Erfassung bestimmter rassendiskriminierender Akte zu

bekämpfen und zu verhindern. Für die Schweiz heisst das, dass rassistische Propaganda, rassistische Angriffe auf die Menschenwürde und Verweigerung einer öffentlich angebotenen Leistung aus rassistischen Gründen neu unter Strafe gestellt werden.

Damit die Meinungsäusserungs- und die Vereinsfreiheit das ihnen in der schweizerischen Staatsordnung gebührende Gewicht behalten, hat die Schweiz einen diesbezüglichen Vorbehalt angebracht. Durch einen weiteren Vorbehalt behält unser Land die Handlungsfreiheit im Bereich der Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern zum Arbeitsmarkt.

Leider haben jüngste Vorfälle auch in der Schweiz gezeigt, dass es nach wie vor nötig ist, die selbstverständliche Würde aller Menschen unter einen besonderen staatlichen Schutz zu stellen. Ein Ja zum Antirassismusgesetz schliesst bestehende Lücken im

## Brotgetreide

Heute wird auf importiertem Brotgetreide ein Zoll erhoben, der zur Verbilligung von Brot, Feingebäck und Patisserie eingesetzt wird. Diese Zolleinnahmen sollen künftig in die allgemeine Bundeskasse fließen. Die vorgeschlagene Massnahme ist Teil des Sanierungsprogramms 1993. Im Parlament war sie praktisch unbestritten. Sie verdient auch die Zustimmung von Volk und Ständen. Ein Ja bringt dem Bund jährlich Einsparungen von 25 Millionen Franken und macht Schluss mit einer Geldverteilung nach dem Giesskannenprinzip. ■

Gesetz. Es stärkt aber auch all jene, welche im Alltag diskriminierenden Äusserungen oder diskriminierendem Handeln entgegenzutreten und rassistische Vorurteile nicht dulden. ■

## STANDPUNKT

### Die «Schweizerzeit» ist stehengeblieben



Der Generalsekretär der FDP beklagt sich nicht darüber, dass es schwierig ist, die Meinung der Partei via Medien zu verbreiten. Denn in unserem Staat gibt es ja auch andere Meinungen, die das Recht haben, gehört zu werden. Nicht akzeptieren kann er aber, wenn seine Meinung durch ein Medium ins Gegenteil verkehrt wird. Das ist ihm durch die «Schweizerzeit» widerfahren.

In unserem Land bilden Allparteienregierungen seit Generationen die Regel. Dass dieses System immer noch lebendig ist, verdanken wir nicht zuletzt den Medien, die als unabhängige Wächter amten. Wenn alle Stricke zerreißen, wären sie der sicherste Garant gegen italienische Zustände.

Das heisst nun aber nicht, dass alles hingenommen werden muss, was irgendwo gedruckt wird. Von einer manipulativen Mache ist hier zu berich-

ten. Die Fakten: Im FDP-Presseamt vom 16. Juni habe ich das dreifache Nein vom vorangegangenen Wochenende beleuchtet. Obgleich ich selber dreimal in die Minderheit versetzt worden war, stellte ich mich voll hinter den Volksentscheid und stemmte mich gegen dümmliche Schuldzuweisungen und das Herbeireden von neuen Gräben. Die Schlussfolgerung des Artikels stand bereits im Titel: «Schuld trägt weder die Landbevölkerung noch das Ständemehr.» Ich zeigte die unterschiedliche Erfahrungswelt von Stadt und Land auf und gab den politisch Verantwortlichen zu bedenken, dass sie sich künftig nicht mehr derart einseitig an den Städten orientieren dürfen.

Der Chefredaktor der «Schweizerzeit» griff einen einzelnen Satz aus dem Artikel heraus, um meine Aussage ins Gegenteil zu verkehren. Er behauptet, ich hätte die Landbevölkerung kritisiert, weil sie sich nicht mit «den Drogensüchtigen, den Bettlern, den Aids-

Kranken, den Andersfarbigen und den Strassenspielerinnen in unseren Städten» abgefunden habe. Ich habe diese gesellschaftlichen Phänomene unserer Städte als Beispiel gebraucht, um die unterschiedliche Erfahrungswelt von Stadt- und Landbevölkerung zu thematisieren. Mit keinem Wort habe ich aber das gesunde Leben auf dem Land verunglimpft.

### Drei Fussnoten zur Methode der «Schweizerzeit»:

1. Das für jede Demokratie – zumal für die direkte – wichtigste Grundrecht ist die Freiheit der Meinungsäusserung, verankert in unserer Verfassung mit dem einfachen Satz: «Die Pressefreiheit ist gewährleistet». Die Freiheit der Meinungsäusserung verpflichtet uns zur Toleranz. Auch wenn ich mich mitunter ärgere, wenn Medien unseren freisinnigen Ansichten nicht das von mir erhoffte Gewicht beimessen, stelle ich in Rechnung, dass bei uns niemand im Besitz der vollen Wahrheit ist. Entscheide fallen erst und nur dann demokratisch,

wenn auch die Gegenseite ihre Meinung angemessen zum Ausdruck bringen kann (darum ist es für jedes Land so wichtig, eine Vielzahl von Medien zu besitzen).

2. Alle braunen und roten Diktaturen dieses Jahrhunderts machten ihre Gegner systematisch «fertig», indem sie die Medien knebelten und damit Andersdenkenden das Recht nahmen, sich frei zu äussern. Die geläufigste Methode der Meinungsmanipulation war überall die Verdrehung von Tatsachen in ihr Gegenteil.

3. Herrn Ulrich Schlüer ist nicht vorzuwerfen, dass er am äussersten rechten Rand politisiert. Was hingegen nicht hingenommen werden kann, ist seine publizistische Diffamierungsmethode. Auch wenn seine «Schweizerzeit» stehengeblieben ist, die Zeiger der Uhr dürfen nicht auf viertel vor Totalitarismus weisen.

*Christian Kauter,  
Generalsekretär  
FDP der Schweiz*



Franz Steinegger: «Öffentliche Auseinandersetzung ist der Normalfall des demokratischen Lebens.»



(Photos ruti/Stahl)

## Eine Partei für heute und morgen

Als die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz am 25. Februar 1894 in Olten gegründet wurde, verstand man sich als Partei des Liberalismus und der Demokratie, als Partei der Mitte und des Ausgleichs, welche für soziale Reformen, aber gegen sozialistische Tendenzen, für eine demokratisch-fortschrittliche Entwicklung des Bundes, aber gegen reaktionäre Positionen eintritt. Gilt diese grundsätzliche Zielrichtung auch heute noch?

Parteipräsident Nationalrat  
Franz Steinegger\*

Am Ende des 20. Jahrhunderts erlebt die Welt den Bankrott des Marxismus/Sozialismus. Offensichtlich ist nicht Sozialismus die zukunftsfähige Lösung, sondern Liberalismus und Marktwirtschaft. Allerdings ist die Heerschar der intellektuellen Kritiker von Liberalismus und Marktwirtschaft trotz der in Misskredit geratenen sozialistischen Alternative nicht massenhaft ins liberale Lager gewechselt. Sie sind auch nicht glühende Anhänger der Marktwirtschaft geworden. Eine eigentliche «Entmarxifizierungsdebatte» hat nicht stattgefunden. Die Kompetenz von Politikern, welche zur Lösung der Probleme Anleihen im Marxismus gemacht haben, wird kaum in Frage gestellt.

Bruno Fritsch hat es bezüglich der Denksysteme der jüngeren

Geistesgeschichte im Buch «Mensch – Umwelt – Wissen» auf den Punkt gebracht: Nicht Hegel, sondern Kant, nicht Marx, sondern Jefferson, nicht das kommunistische Manifest, sondern die Grundprinzipien der amerikanischen Verfassung, nicht Robert Jungk, sondern Karl Popper repräsentieren die universellen, historisch evolutionsfähigen und damit auch zukunftssträchtigen Bewusstseinsinhalte.

Die Umwälzungen im Osten bewirken keineswegs automatisch Mehrheiten für Liberalismus und Marktwirtschaft. Die Krise des Sozialismus eröffnet zwar neue Perspektiven, sie schafft aber auch neue Leerräume, in das freiheitliche Denken nur einströmen kann, wenn wir uns aktiv darum bemühen. Der Tagesbefehl lautet also nicht Triumph, sondern eine Politik der Freiheit. Sonst entsteht vor allem die Gefahr, dass viele einen anderen simplen Ansatz für das gerade gescheiterte, einfach erscheinende System eintauschen wollen. Zudem besteht auch die Gefahr, dass das Bedürfnis nach

Sicherheit grösser sein könnte als in eher gemischten Freuden der Selbstbestimmung.

**Wir haben uns aber nicht nur mit der linksextremen Antibürgerlichkeit auseinandersetzen. Es gibt auch eine wachsende rechts-extreme Antibürgerlichkeit, ein rechtspopulistisches Ressentiment, das die Vergangenheit idealisiert, also eine Art rückwärtsgewandte Utopien entwickelt und oft Verschwörungstheorien verbreitet.**

An die Stelle der praktischen Politik tritt das Ressentiment. An die Stelle der mühseligen Umsetzung richtiger Forderungen in konkrete Entscheidungen treten grosse Überschriften ohne praktische Realisierungschancen. Auch daraus können freiheitsbedrohende Ideologien vor allem antirationaler Art entstehen.

Man kann also durchaus feststellen, dass auch heute ähnliche Frontlinien wie 1894 bestehen.

Nach hundert Jahren können wir uns auch fragen, warum der Liberalismus in der Schweiz nach wie vor eine starke politische Kraft ist. Von Bedeutung dürfte dabei sein, dass die FDP den Liberalismus nicht nur als intellektuelle Veranstaltung betrieben hat. Die freisinnige Bewegung hatte immer eine auf Unabhängigkeit bedachte patriotische Komponente. Ohne patriotische Komponente wäre der Freisinn nicht mehr so stark wie

heute. Ohne ein Minimum an emotionaler Zuwendung ist der Bürger nicht bereit, seinem Staat auch in Zeiten neuer Herausforderungen und Gefährdungen treu zu bleiben.

Die Forderung nach nationaler Einheit stand im Zentrum der radikalen Doktrin. Nicht die Utopie einer individuellen Multi-kultur, sondern die Anerkennung des Wunsches der Bürger nach Wahrung einer kulturellen Identität entspricht freisinniger Auffassung. Dass dabei die individuellen Menschenrechte zu wahren sind, ist für den Liberalen eine Selbstverständlichkeit.

Zur radikalen Wurzel gehört auch der Ruf nach Gleichheit und Gerechtigkeit. Auf Gleichheit gegen Aristokratie und Kirche wurde ebensoviel Wert gelegt wie auf die Freiheit. Schliesslich waren es die Demokraten, die über die von den Radikalen verlangte Ausdehnung der Volksrechte hinaus dem Volk eine Art «kollektive Intelligenz» zugesprochen haben, was zu Referendum und Initiative führte.

Andererseits, wenn in einem Manifest für eine moderne liberale Partei vom 15. Juli 1992 eine Landesverteidigung auf der Grundlage der Freiwilligkeit gefordert wird, dann sieht man sofort, dass nicht jede ultraliberale Forderung auch ein freisinniges Postulat darstellt. Die Eidgenossenschaft hatte eben nie oder kaum eine Militärkaste und auch nie ein mit der Verteidigung

\* Exklusiver Vorabdruck aus der Festschrift/ Politischen Rundschau Nr. 2/3 94: «Für eine Schweiz mit Zukunft». Siehe auch Seiten 5 ff. und 12 in diesem «Freisinn».

beauftragtes Rittertum. Die Wehrpflicht war die Kehrseite der staatlichen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Freiheit. Dies ist eine Konstante, die weit über die Aufklärung zurückgeht, deren Wurzeln in der Innerschweiz möglicherweise auf italienische Städte des Mittelalters zurückgehen.

Diese Beispiele zeigen, dass die FDP die liberalen Grundsätze durchaus eigenständig an die schweizerischen Verhältnisse angepasst hat. Trotz ständig steigendem Wohlstand sind immer wieder Menschen in ihren Glückserwartungen enttäuscht worden. In der jüngsten Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Wünsche und Hoffnungen sich nicht mehr mit den finanziellen Möglichkeiten der Gesellschaft decken. Die Chance, sich bei den Stimmbürgern durch die Verteilung von Wohltaten beliebt zu machen, besteht praktisch nicht mehr. Wir spüren, dass Probleme auf uns zukommen. Dies schafft Misstrauen beim Volk und Nervosität in der Politik. Obwohl viele Bürger eine allzu ständige Problemlösungskompetenz der Politik erwarten und Forderungen nach sofortigem Handeln laufend stellen, zeigt die Erfahrung, dass die Aufgabenhäufung zu Kompetenz einbussen geführt hat. Der Sozial-, Subventions- und Regulierungsstaat ist an Grenzen gestossen. Offensichtlich wird der permanent verteilende Staat in seiner Verteilung ein zunehmend verarmender Staat. Wir wollen deshalb keine Finger-überall-drin-Politik. Ein Übermass an Politik lässt die Bürgerinnen und Bürger materiell verarmen, teilweise führt dies auch zu einer geistigen Verarmung.

Wir wollen aber auch keine Hände-weg-Politik. Wir wollen also keinen Verzicht auf Politik mit dem Hinweis auf Globalisierung, aus Zynismus, wegen Heilserwartungen durch Integration oder schlicht wegen Politikverdrossenheit. Für gute gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen braucht es ein Engagement der Gemeinschaft, des Staates. Wir brauchen Reformen, und die Realisierung der Reformen setzt Politik voraus.

**Eine Politik der Freiheit ist nicht nur Konsens, sondern auch Konflikt. Es braucht das öffentliche Bekenntnis. Das Gemeinwohl wird in ständiger Auseinandersetzung definiert, in Korrektur und Gegenkorrektur. Öffentliche Auseinandersetzung ist der Normalfall des demokratischen Lebens.**

Es braucht einen radikalen Mittelweg. Notwendig sind nämlich einige richtige Entscheide, welche zielführend, finanzierbar und verhältnismässig sind. Reformen setzen die Abschaffung von Rechtsnormen oder andere Rechtsnormen voraus. Es stellt sich deshalb nicht die Frage nach «zuviel Staat», sondern die Frage nach «zuviel Staat, der das Falsche tut».

Im öffentlichen Leben gibt es Bereiche, welche zwischen ästhetischem Jammern und politischer Apathie pendeln. Man will die Probleme nicht mehr lösen, sondern nur ausdrücken, erörtern und ertragen. Man redet dauernd von entscheidenden Veränderungen, ohne solche vornehmen zu wollen. Es ist eine politische Haltung, welche auf die entscheidungslose Fortschreibung der herbeigeredeten Krisenzustände angewiesen ist.

Dabei spielt das schlechte Gewissen angesichts der eigenen Lebensverhältnisse im Vergleich zum Leiden in der Welt eine Rolle. Hier gelten das Argument und der Sachverstand manchmal geradezu als obszön und gefühllos. Man ist gegen Sachlichkeit, Pflicht, Verantwortung und Ordnung. Statt dessen fordert man Gefühl und Betroffenheit. Damit wird die Politik zu einer Frage der Darstellung und nicht zu einer Angelegenheit des Sachverstandes. Betroffenheitsmoral klagt aber das Gefühl ein, nicht das rationale Interesse des unbetroffenen Bürgers am Gemeinwohl. Wir sind der Auffassung, dass bürgerliche Eigenschaften wie Konzentration, Leistung, Kontinuität, Fleiss, Anstrengung, Planung und nüchternes Nutzen-Kosten-Denken nach wie vor von Bedeutung sind. Wir wollen die Verhältnisse mit nüchternen Augen ansehen und, wo nötig, auch

ändern. In unserem Politikverständnis wollen wir nicht inhaltliche Ziele realisieren. Wir lassen uns durch das Ordnungsprinzip leiten. Wir wollen Rahmenordnungen, innerhalb deren die Bürger Wohlfahrt bewirken können. Inhaltliche Ziele führen zu Befehlssammlungen.

Dabei bleibt die FDP gemeinwohlorientiert. Gemeinwohlorientierte Politik ist aber nicht eine mechanische Aufgabe, welche direkt realisiert werden kann. Wer behauptet, dies direkt tun zu können, moralisiert im eigenen Interesse. Gemeinwohl kann nur bei Kleingruppen direkt angestrebt werden. Der Idee der kleinen Einheit, der direkten Demokratie, des Milizgedankens, der Gemeindeautonomie kommt deshalb eine grosse Bedeutung zu. Für die Allgemeinheit ist der Gemeinwohlbegriff nur anwendbar und nutzenstiftend, wenn das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird. Wir müssen den sich zunehmend übernehmenden Leistungs- und Lenkungsstaat entschlacken. Dazu ist manchmal der unpopuläre Mut zum Nein notwendig...

Das Nein allein genügt aber nicht. Es genügt nicht, dass man nur weiss, was man nicht will. Es braucht soziale Phantasie für die Entwicklung von Alternativen. Der Unternehmergeist, der etwas wagt, ist nicht nur im wirtschaftlichen Bereich notwendig, sondern auch in sozialen, kulturellen und politischen Bereichen. Sogar Erhaltenswürdiges kann nicht einfach im Grabenkrieg bewahrt werden. Es braucht beim Bewahren Progressivität. Hierzu braucht es Offenheit der Wahrheitsfindung. Offenheit und Vielfalt ist für die Freisinnigen konstitutiv. Als Freisinnige sind wir dem Fortschritt verpflichtet. Wir wollen vielfältige, dezentrale und kleine Experimente, bei denen die Fehler nicht gleich zu Katastrophen ausarten. Zwar anerkennen wir grundsätzlich die Beweislast des Neuen, das an die Stelle des Bestehenden treten soll. Das Bekenntnis zum Markt und zum Wettbewerb ist aber auch ein Bekenntnis zum Experiment und zur Innovation nach dem Prinzip von «Versuch und Irrtum».

**Reformfähigkeit ist eine Überlebensbedingung der freiheitlichen Gesellschaft. Dieser Umgang mit Neuem muss immer wieder erlernt werden. Neues ist auch nicht zum Nulltarif ohne jedes Risiko zu haben. Offenheit, Vielfalt und Freiwilligkeit sind somit entscheidende Komponenten auch künftiger freisinniger Politik.**

Weil der liberale und demokratische Staat stets offen für Veränderungen ist, kommt der Verfahrenslegitimität eine grosse Bedeutung zu. Wenn sich die Akteure nicht an diese Anforderungen für ein geordnetes Verfahren halten, wird dieses Prinzip der Offenheit gefährdet, weil es überfordert wird. Die Befreiung von den Formalien des Verfahrens führt immer zur unliberalen Selbstermächtigung.

In diesem Sinne ist das liberale und rechtsstaatliche System manchmal ein System inkompletter Mitwirkung, weil Verfahrensvorschriften eingehalten werden müssen, um die breite Mitwirkung auf Dauer funktionieren zu lassen. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gewaltenteilung bleiben klassische Forderungen der Freisinnigen. In diesem Sinne sollen wir den Sinn fürs Formale, für die Rechtsformen und für geregelte Verfahren aufmerksam erhalten.

Wir sehen heute die zentrale Gefahr, dass aus Bequemlichkeit oder aus Konsumgier die Zukunft unserer Kinder verspielt werden könnte. Das Defizit der Staatsrechnung ist höher als die Investitionen. Wir konsumieren also zulasten der künftigen Generation. Immer wieder wird versucht, weitere ungedeckte Schecks auf die Zukunft auszustellen. Hier sind wir wegen der Verantwortung für die Zukunft zentral herausgefordert. Auch hier ist Offenheit notwendig, um neue Tabus zulasten der Zukunft zu verhindern. Die FDP hat eine Phase geistiger und organisatorischer Erneuerungen hinter sich. Sie ist für die Zukunft gerüstet. Das Gründungsjubiläum ist deshalb nicht nur Wegmarke, sondern auch ein Symbol des Aufbruchs. ■

# 100 Jahre FDP

## PIN

Am 17. September 1994 feiert die FDP der Schweiz in Olten, wo sie 1894 gegründet wurde, ihr hundertjähriges Bestehen. Dafür wurde ein neuer Pin hergestellt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Festakt erhalten ihn als Bestätigung für ihre Zahlung. Sie können den Pin aber auch unabhängig vom Festakt bestellen, als FDP-Mitglied oder als Pin-Sammler. Die Auflage beträgt 2000 Exemplare.



**Auslieferung Ende September.**

## FESTSCHRIFT

Die «Politische Rundschau» Nr. 2/3 erscheint als Festschrift. Sie enthält hochkarätige Artikel von rund zwanzig Autorinnen und Autoren, welche sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft des Freisinns beschäftigen. Umfang: über 200 Seiten. Wenn Sie die «Politische Rundschau» der FDP nicht schon abonniert haben, bestellen Sie die Festschrift. Da wir möchten, dass diese Publikation von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gelesen wird, haben wir den Preis für dieses Buch mit Fr. 15.– sehr tief angesetzt.

Zusätzlich offerieren wir Ihnen in Kombination damit:

■ Wenn Sie die politische Vierteljahresschrift der FDP, die «Politische Rundschau», jetzt abonnieren, erhalten sie für nur Fr. 20.– (= jährliche Abbonnementskosten) mit der Festschrift zugleich den ganzen Jahrgang 1994. (Als «Politische Rundschau» Nr. 1 ist der Bericht Wege aus der Arbeitslosigkeit erschienen, als Nr. 4 ist die Veröffentlichung des Seniorenberichts geplant.)

■ Ist Ihnen das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» von Eugen Dietschi ein Begriff? Es ist 1979 erschienen und behandelt die Zeit von 1919 bis 1979 (gebunden, 462 Seiten). In Kombination mit der Festschrift erhalten Sie es jetzt für zusammen nur Fr. 20.–.

■ Wollen Sie gleich alles: ein Abonnement der «Politischen Rundschau», die Festschrift und das Buch von Eugen Dietschi? Für total Fr. 30.– erhalten sie alles portofrei in Ihren Briefkasten.



## Talon

Ja, ich bestelle (portofrei):

Ex. des speziellen FDP-Pins 100 Jahre zum Preis von je Fr. 5.–. Auslieferung Ende September 1994.

Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 2+3/1994 «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» zum Preis von je Fr. 15.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bestelle nicht nur die Festschrift, sondern werde auch Abonnent der «Politischen Rundschau» und erhalte den ganzen Jahrgang 1994 für Fr. 20.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bestelle zusammen mit der Festschrift auch das Buch von Eugen Dietschi: «60 Jahre eidgenössische Politik» zum Preis von zusammen Fr. 20.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bin an allem interessiert, an einem Abonnement der «Politischen Rundschau», an der Festschrift und zugleich am Buch «60 Jahre eidgenössische Politik» von Eugen Dietschi, und bezahle dafür Fr. 30.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

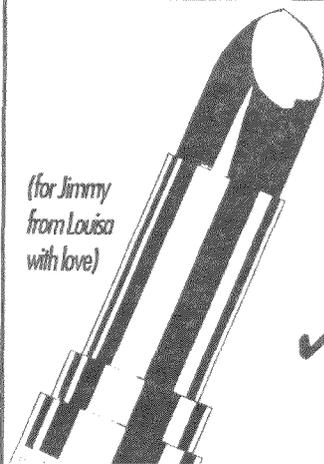
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

## WIRTSCHAFTSMAGAZIN DER UNTERNEHMERISCHEN AVANTGARDE - MIT VIP %-CARD



# VISION

Die Insider von Vision

- ✓ lernen Golf und Service-Qualität in einem Aufwisch
- ✓ erkennen die Mega-Geschäftschancen im Franchising
- ✓ verwechseln das exklusive "Gundel" nicht mit einer banalen Gondel
- ✓ sind dank RCI auf allen Traumplätzen der Welt zuhause
- ✓ wissen, was eine Latino mit Churchill zu tun hat

Jetzt schenk ich ihm, schenk ich mir ein Probe-Abonnement von VISION (6 Ausgaben) inkl. VIP %-Card zum Spezialpreis von Fr. 45.–.

Name, Vorname: ..... Strasse, Nummer: .....

PLZ, Ort: ..... Datum, Unterschrift: .....

Bitte einsenden an: Kretz AG, Anzeigenverwaltung, Postfach 105, 8706 Feldmeilen.

# Familienarbeit muss aufgewertet werden

«Familien erbringen Aktivitäten und Leistungen, die für Gesellschaft und Staat von zentraler Bedeutung sind und die volkswirtschaftlich ins Gewicht fallen.» Dies betonte Anita Calonder Gerster, Betriebspsychologin IAP/SFP, anlässlich der zweiten Jahrestagung der FDP-Frauen Schweiz in Baden. Sie forderte in ihrem Referat ein Umdenken: «Es darf nicht weiterhin so sein und bleiben, dass die strukturell begründete Zuständigkeit der Frauen für Familienaufgaben ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Beteiligung an der Weiterbildung unvermindert einschränkt.»

## ◉ Madeleine Kuhn-Baer\*

Eingangs ihres Referates stellte Anita Calonder Gerster fest, dass Familientätigkeit kaum in volkswirtschaftliche, beschäftigungs- und bildungspolitische Betrachtungen eingeschlossen wird: «Familientätigkeit ist zwar Arbeit, aber mit «Gratis-Charakter», und findet daher in einem statistischen Niemandsland statt. Familientätigkeit ist zwar mit qualifizierten, wertschaffenden Leistungen verbunden, aber ausserhalb von wirtschaftlichen und unternehmerischen Handlungsfeldern, und ereignet sich daher im Unsichtbaren.» Die Referentin forderte deshalb ein Sichtbarmachen der verdeckten Fakten

\* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-gruppe des Kantons Glarus.

sowie eine Aufwertung der Familien- und Freiwilligentätigkeit im Verhältnis zur Erwerbstätigkeit.

### Volkswirtschaftlicher Wert

Sie stützte ihre Aussagen durch zwei Thesen. Erstens:

«Familienarbeit hat einen volkswirtschaftlichen Wert.»

Unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung klammert jede Form nichtbezahlter Arbeit aus, also auch Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Betreuungsarbeit, Freiwilligenarbeit. Die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa, OECD, hat 1992 Zeitaufwand und Wert der Familienarbeit für sechs westliche Länder ermittelt. Die Untersuchung hat ergeben, dass



An der zweiten Jahrestagung in Baden präsentierten die FDP-Frauen Schweiz ihr neues Erscheinungsbild.

Familienarbeit nach wie vor in erster Linie eine Domäne der Frauen ist. In die Familientätigkeit wird im Jahresvergleich mindestens gleich viel oder mehr Zeit investiert wie in die Erwerbstätigkeit – der Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit kommt also der entlohnten Jahresarbeitszeit gleich oder übertrifft diese. Bezüglich Geldwert gelangte die

OECD-Studie zu folgenden Durchschnitten: Der Wert der Haus- und Familienarbeit macht je nach Rechnungsmethode und Land zwischen einem Drittel und der Hälfte des offiziell ausgewiesenen Sozialproduktes aus.

Die Schweiz gehörte nicht zu den untersuchten Ländern. Die Zeitschrift «Cash» errechnete jedoch auf Grund der Daten aus



Podiumsteilnehmerinnen vom Freitag abend: von links Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Karin Mercier, Vizepräsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins, und Lotti Pfister, Geschäftsleiterin Rotes Kreuz Zürich.



Anita Calonder Gerster, Betriebspsychologin IAP/SFP, stellte in ihrem Referat den volkswirtschaftlichen Wert der Familienarbeit in den Vordergrund.

Deutschland den Wert, den unsere Haushaltungen im Jahr 1990 erwirtschafteten: Er beträgt 104 Milliarden Franken. «Cash» folgte weiter: «Da laut Studie im Durchschnitt 72 Prozent der Familienarbeit von Frauen erledigt werden, ergibt sich, dass die Schweizer Frauen zusammengerechnet Familienarbeit im Wert von 75 Milliarden Franken verrichten.»

Die OECD-Experten raten aus verschiedenen Gründen davon ab, Familienarbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu integrieren. Sie plädieren jedoch dafür, dass neben der Nationalen Buchhaltung ein separates Haushaltskonto, ein sogenanntes Satellitenkonto, geführt wird. So könnten die Grundlagen für eine sinnvollere Wirtschafts- und Sozialpolitik geschaffen werden. Beispielsweise könnte «zunehmend stärker sichtbar gemacht werden, dass eine vermehrte Familienorientie-



**Das Hauptreferat von Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, stiess bei den rund 400 anwesenden Frauen und Männern auf grosse Beachtung.**

rung von Unternehmen nicht deren Gewinne in Frage stellen muss, sondern im Gegenteil diesen dienlich sein kann.» Calonder: «Ein solches Satellitenkonto kann demnach auch zur verstärkten Förderung des Transfers von Leistungen aus Familienarbeit in die Berufswelt beitragen.»

**Qualifikation für Berufstätigkeit**

Zweite These:

«Familienarbeit qualifiziert für die Berufstätigkeit und für ausgewählte Aus-, Fort- und Weiterbildung.»

Die Referentin betonte, dass Leistungen im Familienbereich die Grundlage für eine gut funktionierende Wirtschaft seien, was sie an verschiedenen Beispielen verdeutlichte. Sie plädierte für die Anerkennung der vielfältigen



**Nationalrätin Trix Heberlein verfolgte mit Interesse die Ausführungen von Prof. Dr. Rita Süßmuth.**



**Zwei engagierte Kantonsrätinnen, die sich als Gruppenleiterinnen zur Verfügung gestellt hatten: Christine Egerszegi (Aargau) und Dorothee Fierz (Zürich).**

qualifizierten Leistungen, die alltäglich im Familienumfeld erbracht werden: «Der Arbeitsplatz Familie steht dem Arbeitsplatz im Unternehmen nicht nach.»

Das Management des Familienbereichs sei, im umfassenden Sinne verstanden, Lebens- und Alltagsbewältigung. Es setze Fachkenntnisse und Fertigkeiten in verschiedensten Bereichen voraus und verlange in einem immer höheren Masse den Einsatz übergeordneter, fachübergreifender Kompetenzen, d. h. der sogenannten Schlüsselqualifikationen, wie sie auch die neuen Anforderungen in der Arbeitswelt voraussetzten.

«Weshalb werden diese täglich erproben und unter Beweis gestellten Leistungen nicht als



**Zufrieden mit dem Erfolg der Tagung: Franziska Frey-Wettstein, Zürcher Kantonsrätin und Präsidentin der FDP Frauen Schweiz.**

Qualifikationskredite anerkannt, die gewisse Aus-, Fort- und Weiterbildungen verkürzen oder die an bestimmten Arbeitsplätzen zur lohnwirksamen Höhereinstufung führen?» fragte Calonder. Der Transfer von Leistungen aus Familientätigkeit in die Berufswelt gelinge jedoch nicht ohne gemeinsame Anstrengungen von Bildungswesen und Wirtschaft, die dafür notwendigen Anerkennungssysteme zu schaffen. Es gehe darum, Verfahren zu entwickeln, die eine Erfassung, Bewertung und Einstufung des vorhandenen Qualifikationspotentials erlaubten. Diesbezügliche Modelle seien sowohl in der Schweiz als auch im benachbarten Ausland vorhanden.

Letztlich gehe es auch um Fragen der Familienpolitik, folgerte



**Nationalrätin Vreni Sperry warb am Samstag für ein Ja zum Rentenalter 64 für Frauen. (Photos: Madeleine Kuhn-Baer)**

die Referentin abschliessend. «Wenn wir daran glauben, dass es keine Sachzwänge, sondern nur Denkwänge gibt, könnte es sich in unserem Jahr der Familie für Entscheidungsträger in Politik, Bildung und Wirtschaft sehr wohl lohnen, über die Folgen und auch künftigen Kosten einer obstinaten Nichtfamilienpolitik nachzudenken – und deshalb endlich zu familienfreundlichen Massnahmen vermehrt Hand zu bieten.» Darunter seien zukunftsgerichtete Massnahmen zu verstehen, die alle wichtigen Bereiche einschlossen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderten.

Calonder: «Das ist schliesslich der einzig wirkungsvolle Weg zur Aufwertung der Familienarbeit, der Weg zur Anerkennung der im Familienbereich erbrachten qualifizierten, wertschaffenden Leistungen auch im Zusammenhang mit bildungsorientierten und beruflichen Perspektiven.»

**TERMINE**

**Präsidentinnenkonferenz am 13. Oktober**

Bitte in der Agenda vormerken: Die nächste Präsidentinnenkonferenz unter Leitung von Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin aus Zürich, findet am Donnerstag, 13. Oktober, um 14 Uhr in Zürich statt. Einladung mit Traktandenliste folgt. mb.

# Binnenmarktgesetz: Die Kantone streiken!

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Binnenmarktgesetz scheint in der Ostschweiz auf wenig Gegenliebe zu stossen. Die hiesigen Kantone unterstützen zwar die Bestrebungen des Bundes, kantonale und kommunale Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Die Federführung soll dabei aber bei den Kantonen und nicht beim Bund liegen. Ansonsten, so die Ostschweizer Kantonsregierungen, würde der Bund die Hoheitsrechte der Kantone einschränken, was einem eigentlichen Verfassungsbruch gleichkäme.

◊ Sven Bradke\*

Für den Bund stellt das vorgeschlagene Binnenmarktgesetz einen zentralen Baustein der marktwirtschaftlichen Erneuerung dar. Unnötige Wettbewerbsverzerrungen, verursacht durch unterschiedliche kantonale Regelungen, sollten grösstenteils mittels eines einheitlichen Erlasses beseitigt werden.

Der Kern des Gesetzes beruht auf dem Diskriminierungsverbot bzw. auf dem Prinzip offener (kantonal)er Märkte. Kantonale und kommunale Marktabschottungen sollen zugunsten des freien und gleichberechtigten Marktzutritts aller potentiellen Marktteilnehmer beseitigt werden. Die Zielsetzung dieses Gesetzesentwurfes zielt also darauf ab, alle willkürlichen oder unnötigen Marktabschottungen durch einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf Marktzugang zu beseitigen.

## Ende mit dem «Heimatschutz»

Dass auf dem schweizerischen Binnenmarkt auf Grund der föderalistischen Staatsstruktur zahlreiche Wettbewerbsverzerrungen bestehen, ist unbestritten. Diese wettbewerbsverzerrenden Regelungen stützen sich entweder direkt auf die Bundesverfassung, oder sie zählen zum

vermeintlichen Autonomiebereich der Kantone.

Letztere waren vor allem die Zielobjekte des Binnenmarktgesetzes. Allerdings wollte dieses Gesetz nicht vorschreiben, wie diese Bereiche rechtlich aussehen müssten, es sollte nur verbieten, dass ausserkantonale Marktteilnehmer nicht schlechter gestellt werden als kantonale. Einfach ausgedrückt sollte der Gesetzesentwurf jede Art von «Heimatschutz» und «Einheimischenbevorzugung» beseitigen.

## Verfassungswidrig?

Wenngleich die Kantone die Beseitigung marktbeschränkender Regelungen für nötig erachten, so wehren sie sich gleichsam gegen jegliche Einflussnahme durch den Bund. Wäre denn ein Bundesgesetz über den Binnenmarkt tatsächlich verfassungswidrig?

■ Zur Verwirklichung des schweizerischen Binnenmarktes

wurde 1874 die Handels- und Gewerbefreiheit in die Bundesverfassung aufgenommen. Sie sollte im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft Geltung und Wirkung entfalten, solange sie nicht durch die Bundesverfassung und die auf ihr beruhende Gesetzgebung eingeschränkt ist. Massgebliches Motiv war also tatsächlich die Verwirklichung der Binnenmarktidee. Insofern scheint der Ansatz zur Schaffung eines Binnenmarktgesetzes, das sich auf die Handels- und Gewerbefreiheit stützt, nicht so falsch zu sein.

■ Selbst wenn das Binnenmarktgesetz in bestehende kantonale Bereiche wie etwa das Submissionswesen eingreift, so begründen diese vermeintlichen Eingriffe noch keinesfalls die Rechtmässigkeit der bestehenden kantonalen Regulierungen. Im Gegenteil, die Existenz der verschiedenen kantonalen Regelungen zeigt auf, wie die Binnenmarktidee des letzten Jahrhunderts graduell durch die Kantone unterlaufen wurde. Zudem werden wir uns daran gewöhnen müssen, dass mittels Völkerrecht immer mehr Eingriffe in die kantonalen Hoheiten nötig werden, damit die Schweiz im Ausland auch tatsächlich gleiche Marktzutrittsbedingungen zugestanden bekommt (Stichwort Gatt).

■ Selbst der überzeugteste Föderalist muss eingestehen, dass

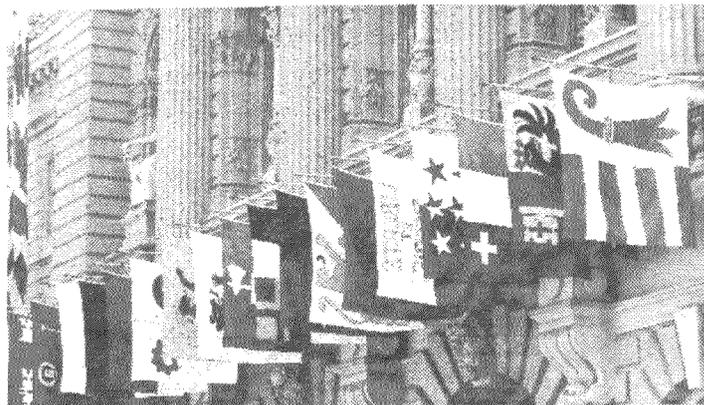
ein für alle Beteiligten geltendes Bundesgesetz einfacher und transparenter zu handhaben ist als eine Konkordatslösung. Im Falle des Konkordats müssen nicht alle Kantone an diesem Vertrag teilnehmen. Zudem entsprechen Konkordatslösungen vom Inhalt her oftmals dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Im Sinne der Rechtsgleichheit, der Chancengleichheit wie auch der Rechtssicherheit der Marktteilnehmer dürfte ein Bundesgesetz somit für die gesamte Volkswirtschaft wohl attraktiver sein.

■ Der Test, ob ein Bundesgesetz verfassungskonform ist oder nicht, lässt sich in der Schweiz relativ einfach durchführen. Da wir in unserem Land kein Bundesverfassungsgericht kennen, obliegt es dem Parlament bzw. dem Volk, die Verfassungsmässigkeit der Vorlage zu überprüfen. Sollte ein Binnenmarktgesetz die Hürde eines fakultativen Referendums überspringen, so wäre wohl davon auszugehen, dass die Interessenverbände und das Volk dieses Binnenmarktgesetz für verfassungsmässig ansehen.

## Ziel im Auge behalten!

Ob Bundesgesetz oder Konkordat, entscheidend ist, dass wir möglichst schnell die notwendigen Weichen für einen einheitlichen Binnenmarkt stellen. Marktbeschränkungen auf Grund kantonalen Regulierungen entsprechen nicht mehr dem Geist unserer Zeit. Während Europa sich weiterrüstet für den gemeinsamen Binnenmarkt, streiten wir uns immer noch über den besten Weg der Abschaffung kantonalen Marktbeschränkungen.

Da wir uns endlich einig sind, dass die wettbewerbsverzerrenden kantonalen Regulierungen volkswirtschaftlich schädlich sind, spielt das Wie doch eine eher untergeordnete Rolle. Das Ziel ist doch schliesslich wesentlich wichtiger als der Weg dorthin. In diesem Sinn bleibt zu hoffen, dass die Auseinandersetzung über «Konkordat» oder «Binnenmarktgesetz» nur von kurzer Dauer bleibt! ■



Die Kantone wehren sich gegen die Einflussnahme durch den Bund.  
(Photo Keystone)

\* Leiter Wirtschaft und Öffentlichkeit der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, FDP-Präsident der Stadt St. Gallen.

VERANSTALTUNG

# Leere Bundeskassen – Geht unser Staat bankrott?

Vorschläge der FDP Schweiz  
zur Gesundung der Bundesfinanzen

Parolenfassung zum Antirassismusetz

A. o. Delegiertenversammlung Samstag, 20. August 1994,  
9.00 Uhr bis 12.40 Uhr. Kongresszentrum BEAbern expo,  
Mingerstrasse 6, Bern (Tram Nr. 9 ab HB Bern bis Endstation  
Guisanplatz).

PROGRAMM

9.00 Kaffee, Gipfeli  
9.30 Begrüssung durch Parteipräsident und Nationalrat  
Franz Steinegger, Flüelen UR

## 9.50 Eidgenössische Abstimmungsvorlage

**Änderung vom 18. Juni 1993 des Schweizerischen  
Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Verbot  
der Rassendiskriminierung)**

- Orientierung durch Claude Frey, Nationalrat NE
- Diskussion
- Stellungnahme des Bundesrates: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- Parolenfassung

## 10.45 Leere Bundeskassen – Geht unser Staat bankrott?

Referate

- «Die Lage der Bundesfinanzen»  
Einführendes Referat von Nationalrat Gerold Bührer SH
- «Die Position des Bundesrates»  
Referat von Bundesrat Kaspar Villiger
- «Die Vorschläge der FDP»  
Referat von Nationalrätin Vreni Spoerry ZH
- «Die FDP-Vorschläge im Kreuzverhör»

Es fragen:

Dr. Kurt Speck, Chefredaktor «Handels-Zeitung»  
Jean-Luc Vautravers, Chefredaktor «L'Express»  
Peter Maag, lic. oec. HSG, Wirtschaftsredaktor «Thurgauer  
Zeitung»

Es antworten:

Geo Camponovo, Nationalrat TI  
Dr. Regula Pfister, Kantonsrätin ZH  
Dr. Rudolf Rohr, Grossrat AG  
Kurt Schüle, Ständerat SH  
Marc Suter, Nationalrat BE

Diskussion

- Verabschiedung Papier «Massnahmen zur Gesundung der Bundesfinanzen»

Zu dieser Veranstaltung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.



**LOOPING** DAS FACH-  
MAGAZIN FÜR SEILBAHNEN, SCHIENENBAHNEN, TOURISTIK UND DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR – MIT INTERNATIONALEM AUTOBUSTEIL. LOOPING IST EINE POLITISCH UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR DEN GESAMTEN BEREICH DES ALPINEN MANagements UND DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS.

# WISSEN WAS SICH WIE BEWEGT MIT EINER

## ABONNEMENTSBESTELLUNG

- |                              |                                    |                              |                                |                              |                                |
|------------------------------|------------------------------------|------------------------------|--------------------------------|------------------------------|--------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Mal | Looping<br>6x jährlich<br>Fr. 50.– | <input type="checkbox"/> Mal | 4WD<br>6x jährlich<br>Fr. 40.– | <input type="checkbox"/> Mal | Looping<br>und 4WD<br>Fr. 75.– |
|------------------------------|------------------------------------|------------------------------|--------------------------------|------------------------------|--------------------------------|

Firma/Name \_\_\_\_\_

zu Händen von \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

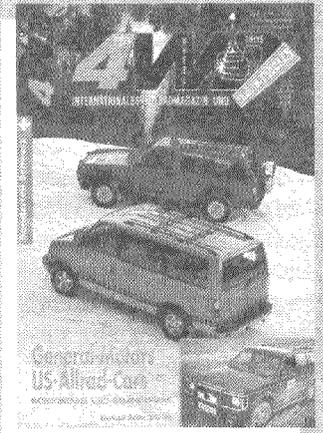
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir/uns unverbindlich Ihre Media-Daten.

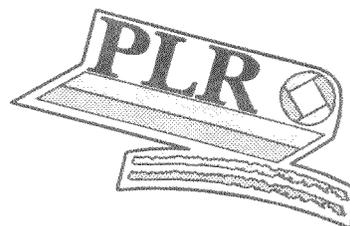
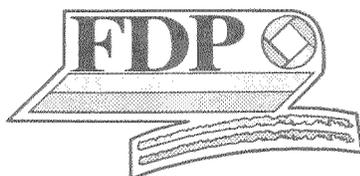
Einsenden oder faxen an: KRETZ AG  
Anzeigen- und Abonnementverwaltung,  
Postfach 105, CH-8706 Feldmeilen  
Telefon 01 923 76 56 Fax 01 923 76 57



**4WD** FOUR WHEEL DRIVE  
DIE POLITISCH UNABHÄNGIGE  
ZEITSCHRIFT FÜR DEN GESAMTEN  
ALLRADBEREICH.

REDAKTIONSADRESSE SCHWEIZ  
FÜR LOOPING UND 4WD:  
KARL F. SCHNEIDER AG  
RÜTISTRASSE 13  
8952 SCHLIEREN/ZÜRICH  
TEL. 01 731 10 10  
FAX 01 731 10 51

# FDP-Pin – FDP-Pin – FDP-Pin



**Haben Sie schon einen FDP-Pin? Es gibt sie auf deutsch, französisch und italienisch.**

**Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück).**



Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–

Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–

Wir bestellen \_\_\_\_\_ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.–

inkl. Porto und Verpackung

Wir bestellen \_\_\_\_\_ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.–

inkl. Porto und Verpackung

Name: \_\_\_\_\_

8/94

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

# Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

**Legenpolitik**

**Jugend ans Steueruder. Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.**



Die Zukunft der Schweiz steht im Zeichen der Jugend. Die FDP fordert die Schweiz zu mehr Verantwortung für die Jugend. Wir wollen, dass die Jugendlichen die Chance erhalten, ihren eigenen Weg zu finden und Verantwortung zu übernehmen.

**Freiheit gewinnt.**

**JBS FDP**

Jugendliche Bewegung der Schweiz / Freiheitlich-Demokratische Partei

1

**Phasen**

**Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.**



Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Dies ist eine große Verantwortung. Wir fordern die FDP auf, sich für die Gleichberechtigung der Frauen einzusetzen und die Interessen der Frauen zu vertreten.

**Freiheit gewinnt.**

**FDP**

Freiheitlich-Demokratische Partei

2

**Umweltpolitik**

**Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.**



Wir fordern die FDP auf, sich für eine gesunde Wirtschaft einzusetzen, die die Umwelt schützt. Wir wollen, dass die Wirtschaft die Umwelt wirksam schützt.

**Freiheit gewinnt.**

**FDP**

Freiheitlich-Demokratische Partei

3

**Asylpolitik**

**Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.**



Wir sind für ein Asylgesetz, das die Rechte der Verfolgten schützt, aber keine Einwanderer zulässt. Wir fordern die FDP auf, sich für ein solches Gesetz einzusetzen.

**Freiheit gewinnt.**

**FDP**

Freiheitlich-Demokratische Partei

4

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr.

1  2  3  4

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren je Fr. - 50

Name/Vorname:

8/94

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Bitte einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern  
Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51

Jahresbericht  
Rapport annuel

Die Arbeit der  
Freiheitlich-Demokratischen Partei der Schweiz  
und der Freiheitlich-Demokratischen Fraktion  
der Bundesversammlung

L'activité de  
Parti radical-démocratique suisse  
et du Groupe radical-démocratique  
de l'Assemblée fédérale

93/94

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

\_\_\_\_\_ Ex. Jahresbericht 93/94  
(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name:

Vorname:

8/94

Str./Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat  
Postfach 6136  
3001 Bern  
Fax (031) 312 19 51

## Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

– Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»

- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»

Name:

Vorname:

8/94

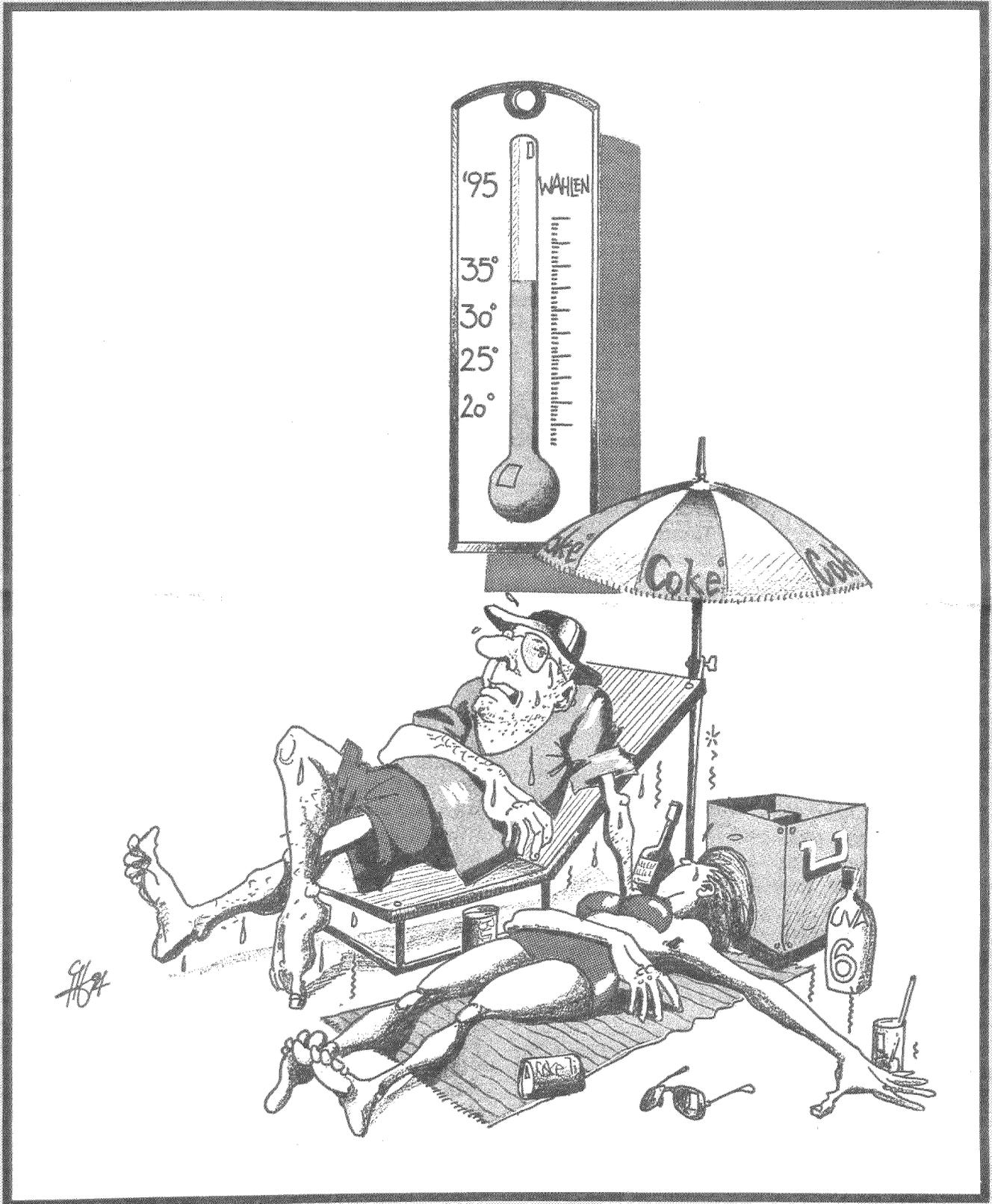
Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Karikatur Andreas Töns

# Drogenpolitik wie weiter?

Kürzlich titelte die «Neue Zürcher Zeitung»: «Der verlorene Drogenkrieg am Letten». Die NZZ kam zu einem deprimierenden Fazit über die Situation in Zürich. Ganz anders in Basel-Stadt. Die Kommentare der Zeitungen zum Abstimmungswochenende vom 12. Juni 1994, betreffend die Opiatabgabe, waren fast schon euphorisch.

**Daniel Stolz\***

Zum erstenmal hat der Souverän eines Kantons bei einer Volksabstimmung einer pragmatisch liberalen Drogenpolitik den Segen gegeben: Mit 57 Prozent Ja zu den Versuchen für ärztliche Opiatabgabe unterstützte er den Regierungsrat, insbesondere den freisinnigen Justizdirektor Jörg Schild. Weshalb dieser Unterschied zwischen den beiden Städten?

## Wende

Aufsehen erregten 1988 die Jungfreisinnigen Basel-Stadt, als sie, inspiriert von ihren Stadtzürcher Kollegen und der NZZ, in ihrem neuen Grundsatzprogramm eine neue, liberalere Linie in der Drogenpolitik forderten. Die Wende in der drogenpolitischen Diskussion Basels trat ein, als kurz danach die Drogenkommission der Basler FDP, unter der Leitung von Dr. Luc Saner, nachdoppelte. Sie kam, unabhängig von den Jungfreisinnigen, zum gleichen Schluss.

Die Drogenkommission erarbeitete einen ausführlichen Bericht zuhanden der Partei und der interessierten Öffentlichkeit, der viel Aufsehen auslöste. Als die liberalen Postulate an einer Urabstimmung der Basler FDP von den Mitgliedern auch noch bestätigt wurden, war das Eis gebrochen. Die Basler FDP hatte in der Drogenpolitik die Meinungsführung übernommen.

## Offene Szene

Doch die Lage war in Basel gar nicht rosig. Ähnlich wie in Zürich

entstand am Rhein eine offene Szene. Diese entwickelte eine Sogwirkung bis ins Badische und ins Elsass. Obwohl sich die Lage verschlimmerte, war die zerstrittene Regierung nicht in der Lage, für eine neue Drogenpolitik die notwendige Akzeptanz zu erarbeiten. Sie experimentierte zwar mit Fixerstübl und Spritzenbussen, doch der Durchbruch blieb aus. In dieser gespannten Atmosphäre fand der Parteitag der Jungliberalen/Jungfreisinnigen der Schweiz in Basel unter dem Thema: «Ist der Drogenkrieg zu gewinnen?» statt. Bei der öffentlichen Podiumsdiskussion konnte der grösste Saal im Messezentrum in Basel fast vollständig gefüllt werden. Das Drogenproblem brannte den Bürgern also auf den Nägeln; und sie handelten!

## Neue Politik

Der Souverän selbst veränderte die Zusammensetzung der Regierung in den Wahlen vom Januar 1992 stark. Der neue Justizdirektor, Jörg Schild (fdp.), ehemaliger erster Staatsanwalt Basels und oberster Drogenfahnder des Bundes, setzte eine pragmatisch liberale Linie durch.

**Die wichtigsten Ziele waren: Auflösung der Konzentration der Szene im Kleinbasel mit Hilfe von dezentral gelegenen Gassenzimmern und der Polizei, verhindern, dass eine offene Szene am Rheinufer entsteht, Nothilfe für Süchtige, den Beschaffungsstress mildern (damit Süchtige eher wieder in die Gesellschaft integriert werden können), die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen und – last, but not least – die**

## Beschaffungskriminalität eindämmen.

All diesen Zielen kam man einen grossen Schritt näher. Natürlich musste man die neue Politik auch verkaufen. Die Aufklärungsarbeit der Befürworter war enorm. Erfolgreich war vor allem der sogenannte Drogenstammtisch. Diese Institution brachte Süchtige, deren Eltern, Gassenarbeiter, Anwohner der Szene, Gewerbetreibende, Politiker und Vertreter des Staates an einen Tisch.

Der Erfolg war offensichtlich. Die offene Szene am Rhein konnte dank Gassenzimmern und der Polizei fast vollständig aufgelöst werden. In Basel verzichtet man also keineswegs vollständig auf repressive Mittel. Die Lage entspannte sich im Gegensatz zu Zürich so sehr, dass ein grosses Drogensymposium der Jungparteien beider Basel kaum mehr auf grosse Resonanz der Bevölkerung stiess. Trotzdem gibt es noch viel zu tun.

## Wie weiter?

Es stellt sich eindringlich die Frage: Wie weiter? Ich möchte die Frage hier, aus meiner Sicht als Präsident der Jungfreisinnigen Basel-Stadt, beantworten. Einerseits stehen zwei Initiativen zur Diskussion. Wir Jungfreisinnigen lehnen beide vehement ab. Die Initiative «Jugend ohne Drogen» postuliert den repressiven Weg zur drogenfreien Gesellschaft. Dabei wissen wir aus der Geschichte der Menschheit, dass es dies noch gar nicht gab und wohl auch nie geben wird. Auch hat sich der repressive Weg noch nie ausbezahlt (siehe USA!).

Wie will man denn mit Hilfe der Polizei die Schweiz drogenfrei machen, wenn sogar im Gefängnis Drogen konsumiert werden? Eine solche Politik der Kontrollen und Überwachung würde nicht «nur» unsere Marktwirtschaft, sondern auch den Rechtsstaat und schliesslich unsere Demokratie im Mark treffen. Ist dieser

Preis nicht viel zu hoch? Oder sagen wir es in den Worten der NZZ: «Der Versuch, der Prohibitionspolitik zum Erfolg zu verhelfen, muss im Rückblick auf drei Jahrzehnte als gescheitert bezeichnet werden.»

Die «Droleg»-Initiative andererseits will die totale Freigabe der harten Drogen. Ein Postulat, das wir ebenso klar ablehnen. Denn so ungefährlich ist Heroin auch wieder nicht, dass man es freigeben könnte, ganz abgesehen von der entstehenden Sogwirkung.

## Reale Perspektive

Die Gespräche der FDP mit der SP bieten eine reale Perspektive. Wir unterstützen voll und ganz die Ergebnisse der Diskussion. Zwar wäre auch nach der Implementierung der Massnahmen das Drogenproblem nicht gelöst, doch es wäre ein Durchbruch in die richtige Richtung. Das Betäubungsmittelgesetz muss revidiert werden, und die ärztlich kontrollierte Abgabe von harten Drogen ist auszudehnen. Daneben dürfen wir allerdings die weichen Drogen nicht ganz vergessen. Doch die Beschlüsse der FDP der Schweiz von Vevey sind eine gute Ausgangslage.

## Dank

Ich möchte unserem Präsidenten Franz Steinegger für den Mut, diesen nicht einfachen Weg zu ermöglichen und zu forcieren, danken. Wenn man bedenkt, dass die Präsidentin des Vereins Drogenfreie Jugend Schweiz in einem offenen Brief an den Bundesrat mitteilte, dass sie den Befürwortern einer ärztlich kontrollierten Drogenabgabe den Krieg erkläre und diese Leute mit all ihren Mitteln bekämpfen werde, kann man abschätzen, was uns bevorsteht.

**Doch ist es nicht die Aufgabe des Freisinns, der staatstragenden Partei der Schweiz, Probleme zu lösen, statt sich billigem Populismus hinzugeben? Wenn wir das Drogenproblem nicht anpacken, wer dann?**

\* Mitglied der Geschäftsleitung der Basler FDP, Präsident der Jungfreisinnigen Basel-Stadt, Mitglied des Delegiertenrates der FDP der Schweiz.